

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN SACHSEN- ANHALT 2023



Meldestelle
Antisemitismus
SACHSEN-
ANHALT



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, Postfach 58 03 16, 10413 Berlin

KONTAKT:

RIAS Sachsen-Anhalt, info@rias-sachsen-anhalt.de,
+49(0) 345 13 18 30 36 und +49(0) 345 13 18 30 31

OFEK e.V., presse@ofek-beratung.de, +49(0) 176 46 29 46 08
www.ofek-beratung.de

V. I. S. D. P.: Marina Chernivsky

KONZEPT UND REDAKTION: Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

LEKTORAT: Carsten Jasner

GESTALTUNG: koop-bremen.de

BILDNACHWEIS: Die Bildrechte verbleiben, sofern im
Abbildungsverzeichnis nicht anders angegeben, bei OFEK e.V.

URHEBERRECHTLICHE HINWEISE: © 2024 OFEK e.V. –
Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.
Sämtliche Rechte, auch die des auszugsweisen Abdrucks oder
der Reproduktion einer Abbildung, sind vorbehalten. Diese
Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist
ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeber:innen unzulässig.
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS: Die Informationen in diesem Bericht
wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die
Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die
Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält
Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss
haben; für diese fremden Inhalte übernehmen wir daher keine
Gewähr. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten
sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der
Seiten verantwortlich.

OFEK e.V. benutzt in den Texten den Gender-Doppelpunkt, um
alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der
Doppelpunkt symbolisiert den Zwischenraum für alle Menschen,
die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden.
Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Inhalt

	Geleitworte
5	Max Privorozki , Vorstandsvorsitzender des Landesverbands Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt
7	Dr. Wolfgang Schneiß , Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus
9	Vorwort von Marina Chernivsky
13	Über RIAS Sachsen-Anhalt
15	Datengrundlage
16	Auf einen Blick
18	Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt im Jahr 2023
21	Erscheinungsformen des Antisemitismus
27	Betroffene und Tatorte
37	Ausgewählte Aspekte des Vorfalles 2023
38	Versammlungsgeschehen
40	Gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkorten und auf Friedhöfen
43	Antisemitismus als alltagsprägendes Phänomen
46	Das Vorfalleschehen nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober
49	Abwehr und Störung des Gedenkens
50	Antisemitisches Vorfalleschehen online
51	Versammlungsgeschehen
52	Anhang
52	Begrifflicher Rahmen und Kategoriensystem
58	Abbildungsverzeichnis

Das vergangene Jahr

endete mit dem ungeheuerlichen Massaker in Israel mit circa zwölfhundert Todesopfern – darunter Babys, Kinder, Frauen und betagte Menschen, von denen einige den Holocaust überlebt hatten – und 250 verschleppten Geiseln. Fast gleich danach folgte weltweit eine kaum vorstellbare antisemitische Welle, auch in Deutschland und in Sachsen-Anhalt.

Was macht ein Mensch, wenn er sich unwohl fühlt und nicht versteht, was mit ihm los ist? Er geht zum Arzt und lässt sich untersuchen. Blutdruck und Herzschlag werden gemessen, vielleicht ein Blutbild angefertigt. Erst wenn genaue Werte vorliegen, kann der Arzt eine Diagnose stellen und mit der Therapie beginnen.

Ähnlich funktioniert unsere Gesellschaft. Wenn wir merken, dass der Zusammenhalt schrumpft, die Aggression steigt und Enttäuschung wächst, ist es fürs Gegensteuern wichtig, zunächst mal eine Diagnose zu stellen: Aus welcher Ecke droht Gefahr? Der beste Lackmustest für diesen Zweck ist das Messen von Antisemitismus. Sehr oft zeigen Ausmaß und Verbreitung von Antisemitismus, wie krank unsere Gesellschaft ist – und wie anfällig sie für weitere Viren ist.

Die präsentierten Ergebnisse im Jahresbericht der RIAS Sachsen-Anhalt zeigen eindeutig, dass es ernsthafte Gründe zur Besorgnis gibt. Insbesondere der rapide Anstieg von antisemitischen Vorfällen nach dem schlimmsten Pogrom seit der Shoah im Oktober im Süden Israels zeigt, dass die »Ärzte« zur intensiven Behandlung ohne weitere Zeitverzögerung übergehen müssen. Dabei ist es wahrscheinlich zu spät, nur über eine medikamentöse Methode zu sprechen...

Antisemitismus ist eine zu hundert Prozent demokratiefeindliche Erscheinung. Aus diesem Grund finden antidemokratische Kräfte aus allen möglichen Richtungen im Antisemitismus einen gemeinsamen Nenner. Aus demselben Grund bedroht Antisemitismus nicht nur Juden. Auch wenn Jüdinnen und Juden die ersten sind, die angegriffen werden, ist es wie bei einer Krankheit: Sie greift auch andere Organe und Körperteile an.

Eine besondere Form des gegenwärtigen Antisemitismus ist seine israelbezogene Dimension. Dabei sagt man üblicherweise: »Ich habe keine Probleme mit Juden, aber mit dem Staat Israel.« In diesem Zusammenhang werden Begriffe wie Genozid oder Apartheidstaat aus ihrem historischen Kontext gerissen, Opfer und Täter vertauscht und es wird von Israel verlangt, besser zu sein als alle andere Staaten. Dabei kommt gleich im ersten Satz einer Äußerung die Erwähnung der Staatsräson in der deutschen Außenpolitik und die Forderung nach der »berechtigten Kritik« gegenüber der einzigen Demokratie im Nahen Osten – auch dann, wenn es eigentlich darum geht, Antisemitismus zu kritisieren. Hier sind ein paar Beispiele:

- 1) Bei aller Kritik an der aktuellen Politik des Staates Israel: Antisemitismus und jede andere Form der Ausgrenzung dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.
- 2) Auch berechtigte Kritik an dem aktuellen militärischen Vorgehen Israels darf nicht dazu führen, antisemitische Ressentiments zu schüren, Jüdinnen und Juden anzufinden oder das Existenzrecht des Staates Israel in Frage zu stellen.

Ich bedanke mich bei der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt und dem Trägerverein OFEK e.V. für Dokumentation, Zusammenfassung und Analyse des aktuellen Antisemitismus in Sachsen-Anhalt in ihrem Jahresbericht. Und ich wünsche uns allen, dass künftige Berichte uns mehr Grund zu Zuversicht und Optimismus geben werden.

Max Privorozki

Vorstandsvorsitzer, Landesverband Jüdischer Gemeinden
Sachsen-Anhalt K. d. ö. R.



Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Anfang 2022 erfasst die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von OFEK e.V. antisemitische Vorfälle und gibt den Betroffenen Rat und Hilfe. Die Erfassung dieser Vorfälle ist eine ganz wichtige Ergänzung zu den Beobachtungen der Sicherheitsbehörden. Bei RIAS geht es vor allem um die Betroffenen, um das, was sie empfinden und was ihnen hilft. Deshalb unterstützt die Landesregierung die Meldestelle sehr gerne. Sie wird dies auch weiterhin tun.

Nun legt RIAS Sachsen-Anhalt für das Jahr 2023 einen ersten Jahresbericht vor. Er zeigt: Antisemitische Vorfälle gehören auch in unserem Land, ob offen oder latent wahrnehmbar, zur alltagsprägenden Erfahrung von Jüdinnen und Juden. Dies schränkt diese in ihrem Lebens- und Sicherheitsgefühl ein. Deshalb dürfen wir in unserem Bemühen, allen Formen von Antisemitismus den Kampf anzusagen, auf keinen Fall nachlassen. Ein wichtiger Grund, weshalb es RIAS gibt, ist deshalb auch, dies gegenüber der gesamten Gesellschaft immer wieder deutlich zu machen.

Der Jahresbericht 2023 zeigt außerdem: RIAS ist in Sachsen-Anhalt angekommen. Die Mitarbeitenden der Meldestelle sind innerhalb der jüdischen Gemeinden inzwischen gut bekannt. Hier ist Vertrauen entstanden. Dafür bin ich sehr dankbar. Die Meldestelle ist darüber hinaus auch im Land, bei den Behörden, bei Vereinen und Institutionen und innerhalb der Zivilgesellschaft bereits bekannter geworden. Das ist wichtig und muss natürlich in den nächsten Jahren intensiviert werden. Die Arbeit von RIAS Sachsen-Anhalt lebt ganz wesentlich davon, dass ein gutes Netzwerk gegen Antisemitismus im ganzen Land entsteht.

Das Jahr 2023 stand zum Ende hin ganz im Zeichen des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober und des anschließenden Kriegs. Es ist erschreckend, welches Potential an Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden und gegen Israel diese Ereignisse haben sichtbar werden lassen, oftmals sogar verborgen hinter einer vermeintlich intellektuell-progressiven Gesinnung.

Die Folgen des 7. Oktober zeigen sich auch in der Arbeit von RIAS. Über die Hälfte der aufgenommenen antisemitischen Vorfälle datieren im letzten Quartal des Jahres und sie weisen in überwiegender Mehrheit einen Bezug zum Terrorangriff auf Israel auf. Die jüdische Gemeinschaft überall in der Welt, aber eben auch in unserem Land, ist darüber sehr beunruhigt. Die Folgen der aktuellen Ereignisse sind überhaupt noch nicht absehbar. Im letzten Jahr wurden auch Gedenkstätten im Land im erhöhten Maß zum Ziel antisemitischer Vorfälle. Dies ist besorgniserregend, zeigt es doch auf, mit welcher Vehemenz die dahinterliegende Erinnerungskultur angegriffen und abgelehnt wird.

Die Arbeit von RIAS Sachsen-Anhalt ist – leider – heute notwendiger denn je. Ich danke allen, die hier mitwirken oder auf ganz unterschiedliche Weise die Arbeit unterstützen. Ich bin dankbar für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit RIAS. Lassen Sie uns bei dieser so wichtigen Aufgabe weiter zusammenstehen.

Dr. Wolfgang Schweiß

Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt
und gegen Antisemitismus



Sprache kreiert Wirklichkeit

und stellt die Definitionsmacht über das Ereignis her. Nach dem gewaltigen Einschnitt durch den Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 stehen wir nun vor der Aufgabe, Sprache zu entwickeln, die uns hilft, mit der neuen, enorm belastenden Wirklichkeit fertig zu werden. Esther Schapira schreibt in ihrem Essay »Zeitenwende«: »Der 7. Oktober war kein Terroranschlag. Er war der Beginn eines neuen, globalen antisemitischen Krieges, in dem alle Jüdinnen und Juden sich angegriffen fühlen, weil sie alle angegriffen werden.«¹ In der Tat verweisen der steile Anstieg von Straftaten sowie der rapide steigende Bedarf an spezialisierter Betroffenenberatung auf eine veränderte Qualität und Quantität antisemitischer Bedrohung.

Terroranschläge stellen im Grundsatz eine Form extremer (kollektiver) Gewalt, die im Kontext des Nahostkonflikts systematisch und vorsätzlich eingesetzt wird.² In diesem Sinne reiht sich der Terrorangriff in die Reihe früherer Anschläge ein, wobei dieser Anschlag in seiner Qualität als besonders schwer bewertet wird. Dabei geht es nicht »nur« um den Tatbestand der Gewalt, sondern auch um die genozidale Botschaft und deren Wirkung auf die jüdische und israelische Community in Deutschland – begünstigt und verstärkt durch den radikalen Antisemitismus, der trotz seiner Virulenz dennoch als ungreifbar, diffus und unwirklich verstanden wird.

Der Bericht von RIAS Sachsen-Anhalt gibt diesem, überwiegend als abstrakt erscheinenden, Problem einen zahlenmäßigen und sprachlichen Umriss. Dabei umfasst das Lagebild nicht nur den Blick auf die Vorfälle, sondern auch die Deutung jener, die diesen Vorfällen alltäglich ausgesetzt sind. Antisemitismus durchdringt buchstäblich das Leben der hier lebenden Jüdinnen:Juden und reicht von der Arbeitswelt bis in die Nachbarschaft und Familie hinein. All das ist nicht neu und doch markiert der 7. Oktober einen Wendepunkt – die Gewaltbereitschaft, die Hetze, der Hass werden offensichtlicher, spürbarer und stellen eine wirkliche Bedrohung dar. Stattdessen werden Betroffene nicht als Opfer der Angriffe eingeordnet, sondern als Täter:innen gebrandmarkt; ihnen wird kollektiv und ohne Ausnahme vorgeworfen, den Krieg zu verantworten – die Identifikation mit Jüdinnen:Juden heute scheint historisch verbraucht zu sein. Antisemitismus erscheint auf diese Weise legitim.

1 Shapira, Esther (2024): Zeitenwende. In: Jüdische Allgemeine, 17.04.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/zeitenwende-3/> (abgerufen am 31.05.2024).

2 Der Staat Israel erlebte seit seiner Gründung eine Geschichte von Terroranschlägen gegen die Zivilbevölkerung. Für die größte Anzahl der Toten durch Terror sind radikale palästinensische Organisationen wie PLO, Fatah oder Hamas verantwortlich.

Mehr noch: Wir gewöhnen uns daran, hinterfragen nicht mehr, aus welchem Grund jüdische Menschen weltweit stellvertretend gejagt, jüdische Einrichtungen angegriffen, Israel als Staat in Gänze dämonisiert und delegitimiert wird.

Die zentrale Voraussetzung eines funktionierenden (zivilgesellschaftlichen) Meldesystems ist die Einbindung der Betroffenenperspektive. Dabei ist die Bereitschaft der Betroffenen, das Erlebte zu melden und dokumentieren zu lassen, mehr als zentral. Genau das steht bei OFEK und RIAS im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.

Die Übernahme der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt durch den Verein OFEK e.V. erfolgte im Februar 2022. Gemeinsam mit dem Standort der Beratungsstelle OFEK in Sachsen-Anhalt bemühte sich die Meldestelle um den Aufbau tragfähiger Kooperationen und Netzwerke. Mit dem vertraglichen Beitritt in die Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands RIAS e.V. im Herbst 2022 war die Meldestelle arbeitsfähig und befasst sich seitdem mit der Eintragung, Kategorisierung und Dokumentation von antisemitischen Vorfällen im Land. Die im Jahr 2022 begonnene Dokumentationsarbeit antisemitischer Vorfälle wurde 2023 fortgesetzt, angewandt und in ihren Abläufen routiniert. Beide Jahre bilden somit die Grundlage für die Dokumentation und Auswertung des antisemitischen Vorfallgeschehens in Sachsen-Anhalt und stellen nun die Basis für den vorliegenden Bericht dar. Hervorzuheben ist außerdem, dass sich sowohl die Bereitschaft der Betroffenen, ihre Vorfälle zu melden, als auch das Meldeaufkommen über das Online-Meldeportal und die Meldungen durch Netzwerkpartner erhöht und verstetigt haben.

So wichtig die Erfassung des Vorfallgeschehens ist, dürfen die dahinterstehenden, antisemitischen Strukturen nicht aus dem Blick geraten. Dennoch geht es im öffentlichen Sprechen häufiger um einzelne Fälle und bekannt gewordene Gewalttaten als um die strukturelle Verankerung des Antisemitismus in allen gesellschaftlichen und sozialen Systemen. Bei Fragen, ob eine Situation antisemitisch sei, zeigt sich ein Widerspruch: Die historischen Traditionen der Diffamierung, Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung werden nicht mit der Wirklichkeit der Gegenwartsgesellschaft verbunden. Entscheidungsträger:innen wählen nicht selten eine Warteposition, bei der die antisemitischen Vorfälle zunächst demaskiert, verifiziert und bewiesen werden müssen, um Handlungsbedarfe zu erkennen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Diesem Bedürfnis nach Objektivierung antisemitischer Bedrohung stehen die psychischen und sozialen Folgen für die von Antisemitismus Betroffenen gegenüber.

Die Disposition, Antisemitismus nicht mit institutionellen Strukturen zu verbinden und dem Problem eine eher symbolisch-abstrakte, als realexistierende Bedeutung zu verleihen, führt zu einer systematischen Ausblendung jüdischer Perspektiven und Normalisierung des Antisemitismus in und außerhalb von sozialen Institutionen – so auch an Hochschulen. Darin zeigt sich die Machtasymmetrie in der Auslegung und Definition des Antisemitismus, die in bis heute überwiegend als abstrakt, ohne die angemessene Einbeziehung jüdischen Wissens, jüdischer Erfahrungen, transgenerationaler Traumatisierungen vollzogen wird.

Schon vor dem 7. Oktober hatte sich ein Anstieg der von RIAS Sachsen-Anhalt dokumentierten antisemitischen Vorfälle angedeutet – noch bis Ende September wurden RIAS Sachsen-Anhalt für 2023 beinahe doppelt so viele antisemitische Vorfälle wie 2022 bekannt. Nach dem Terroranschlag gab es auf diesem erhöhten Niveau noch einmal eine immense Steigerung: Über die Hälfte der Vorfälle in 2023 dokumentierte RIAS Sachsen-Anhalt von Oktober bis Dezember – in dieser Zeit wurde der Meldestelle im Schnitt jeden Tag ein neuer Vorfall bekannt.

Neben der Meldestelle hat sich auch die Inanspruchnahme der OFEK-Beratung³ in den ersten vier Wochen bundesweit verzehnfacht. Insgesamt hat sich der Bedarf an spezialisierter Unterstützung in den ersten sechs Monaten nach dem Anschlag versiebenfacht. Die aktuelle Zahl von 1333 Fällen bundesweit übertrifft die Gesamtzahl aller Beratungsanfragen seit der Gründung der Beratungsstelle. Auch in Sachsen-Anhalt hat sich das Beratungsaufkommen in den sechs Monaten nach dem Angriff stark verändert und auf der Ebene der Beratungsanfragen im Vergleich zu Vorjahren versechsfacht. Neben der Beratung bei Vorfällen und Straftaten bezog sich der Support auf psychologische Folgen des 7. Oktober sowie Angst und Sorge um Kinder und Angehörige.

Ein Großteil der Vorfälle ereignete sich im Kontext von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen. Hier wirken die Strukturen, das gesellschaftliche Klima und der Diskurs. Der Begriff des institutionellen Antisemitismus ist im öffentlichen (und gar wissenschaftlichen) Diskurs jedoch noch nicht gesetzt. Im Gegensatz zu einem überwiegend vorfallgeleiteten Antisemitismusverständnis fragt die institutionelle Perspektive nach dem Prozess der Herstellung und Reproduktion des Antisemitismus und nicht nur nach seiner Manifestation.

3 OFEK e.V. (2024): Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e.V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023, <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober---Auswertung.pdf> (abgerufen am 31.05.2024).

Angesichts der tiefen Zäsur des 7. Oktober müssen wir uns fragen, ob unsere Sprache noch trägt, der Diskurs um Antisemitismus nicht an seine Grenzen kommt und einen neuen Anfang braucht. Nicht nur der genozidale Anschlag, auch die Unfähigkeit der breiten Bevölkerung, diesen anzuerkennen und seine Folgen zu antizipieren, verstärkt den Effekt auf die Betroffenen. Das Vertrauen, das Sicherheitsempfinden und die Zukunftsaussichten schwinden auf lange Zeit. Die Beschäftigung mit Antisemitismus stellt dabei eine eigene Aufgabe dar, die der Politik und Zivilgesellschaft zukommen, um Jüdinnen:Juden mit ihren Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Einschränkung zu ermöglichen.

Wir danken allen unseren Partner:innen und dem engagierten Team für ihre wichtige Arbeit und Unterstützung unseres Anliegens.

Marina Chernivsky

Geschäftsführerin des Trägervereins der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt, OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

ÜBER RIAS SACHSEN- ANHALT

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Sachsen-Anhalt wurde im Februar 2022 ins Leben gerufen und befindet sich in Trägerschaft von OFEK e.V., der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Die Meldestelle ist eine niedrigschwellige, zivilgesellschaftliche Einrichtung, die antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt dokumentiert, analysiert und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Die Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle machen die Erlebnisse und Erfahrungen von Jüdinnen:Juden mit Antisemitismus sichtbar und zeigen entsprechende Handlungsbedarfe auf. RIAS Sachsen-Anhalt gewinnt durch ihre Arbeit relevante Informationen für die Intervention gegen und die Prävention von Antisemitismus. Die Recherche- und Informationsstelle leistet somit einen wichtigen Beitrag bei der Aufklärung über Antisemitismus und der Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit.

Bereits die Befragung von Jüdinnen:Juden im Zuge der Problem-
beschreibung »Antisemitismus in Sachsen-Anhalt«⁴ des Bundesverbands RIAS im Jahr 2020 hat verdeutlicht, dass Antisemitismus für Jüdinnen:Juden in Sachsen-Anhalt ein alltagsprägendes Phänomen ist. Für die Betroffenen bedeutet das eine tägliche Abwägung zwischen Sicherheit und Sichtbarkeit ihrer jüdischen Identität. So muss in Situationen, die für Nichtbetroffene völlig unbedenklich sind, von Jüdinnen:Juden das Gefahrenpotential antizipiert werden, etwa auf dem Weg zur Arbeit, in der Schule oder im Sportverein. In einigen Fällen ist Antisemitismus klar erkennbar, wenn etwa im

4 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Hg.) (2020): Problem-
beschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt, [https://report-antisemitism.de/
documents/2020-04-28_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Sachsen-
Anhalt.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-04-28_rias-bund_Problembeschreibung-Antisemitismus-in-Sachsen-Anhalt.pdf) (abgerufen am 04.04.2024).

Umfeld eines Fußballspiels die Shoah verhöhnende Lieder erklingen. In anderen Fällen ist er für Außenstehende schwieriger einzuordnen.

So bestehen die Handlungs- und Artikulationsformen des Antisemitismus nicht immer aus physischer Gewalt oder antisemitischen Beleidigungen. Sie treten häufig in Form von Chiffren auf: Täter:innen verwenden Ausweikkommunikation, Codes und bestimmte andeutende Narrative, um den antisemitischen Gehalt zu verschleiern.

Jüdinnen:Juden können den Antisemitismus nicht von ihrem Alltag lösen, wie es etwa die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft kann. Dass er ihren Alltag prägt und zwingt, mögliche Konsequenzen und Handlungsoptionen abzuwägen, zeigt auch eine Studie des Bundesverbands RIAS⁵: Es ist eine Perspektivendivergenz⁶ festzustellen. Das heißt, es zeigen sich in den Befragungen deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung, in den Folgen und auch in der Erwartung von Antisemitismus zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und Jüdinnen:Juden. Hier setzt die Arbeit der RIAS Sachsen-Anhalt an.

Im Februar 2022 übernahm die Beratungsstelle OFEK e.V. die Trägerschaft von RIAS Sachsen-Anhalt. Mit der Schaffung zweier Projektstellen und dem Aufbau projektspezifischer Ressourcen vor Ort begann im Juni 2022 die systematische Dokumentation antisemitischer Vorfälle sowohl über- als auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze in Sachsen-Anhalt.⁷ Vorfälle können seitdem über das mehrsprachige Onlineportal unter www.report-antisemitism.de, per E-Mail oder telefonisch gemeldet werden.⁸ Die Vorfalldmeldung erfolgt auf Wunsch anonym. Eine Veröffentlichung von Vorfällen erfolgt nur mit Zustimmung der Meldenden und Betroffenen sowie unter datenschutzrechtlicher und sicherheitsrelevanter Abwägung.

Zudem bietet RIAS allen Meldenden und Betroffenen eine Verweisberatung zu Netzwerkpartner:innen an, die ebenfalls mit den Standards der Betroffenenperspektive arbeiten. So können Ratsuchende eine fallspezifische und fachliche Rechtsberatung, eine psychosoziale Begleitung oder direkte Unterstützung beim Stellen einer Strafanzeige erhalten. Besonders eng ist die Kooperation mit den Kolleg:innen der Beratungsstelle OFEK e.V., die sich auf die Beratung von Menschen, die antisemitische Erfahrungen gemacht haben, spezialisiert hat.

Im Jahr 2022 konnten bereits 47 antisemitische Vorfälle dokumentiert und ausgewertet werden. Die Ergebnisse dieses Beobachtungszeitraums hat

5 Bundesverband RIAS (2023): »Das bringt einen in eine ganz isolierte Situation« – Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017 – 2020, https://report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_isolierte_Situation_Web.pdf (abgerufen am 04.04.2024).

6 Vgl. hierzu Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf> (abgerufen am 31.05.2024), S. 93.

7 Vor Beginn der systematischen Dokumentation durch RIAS Sachsen-Anhalt im Juni 2022 bearbeitete der Bundesverband RIAS Meldungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle aus Sachsen-Anhalt für seine bundesweite Erfassung.

8 E-Mail info@rias-sachsen-anhalt.de, telefonisch +49 (0) 345 13 18 30 36 oder +49 (0) 345 13 18 30 31.

die Meldestelle in einer Pressemitteilung und einem Factsheet veröffentlicht. Mit dem vorliegenden Jahresbericht für 2023 legt RIAS Sachsen-Anhalt erstmalig die Zahlen und die Auswertung der dokumentierten antisemitischen Vorfälle für ein vollständiges Kalenderjahr vor.

Datengrundlage

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle unabhängig davon, ob sie strafrechtlich relevant sind. Auch unter den strafrechtlich relevanten gab es Fälle, bei denen Betroffene keine Anzeige bei der Polizei erstatten wollten.

Ein großer Teil der Vorfalldmeldungen an RIAS Sachsen-Anhalt erfolgte im Beobachtungszeitraum direkt über das mehrsprachige Meldeportal www.report-antisemitism.de. Auch über E-Mail oder telefonisch gingen Vorfälle ein. Darüber hinaus sind zivilgesellschaftliche Netzwerkpartner:innen eine wichtige Quelle im Bekanntwerden von antisemitischen Vorfällen. Zudem erfasst RIAS über eigene Presserecherche antisemitische Vorfälle, etwa auf Veranstaltungen wie politischen Kundgebungen und Demonstrationen.

Die Systematisierung der erhobenen Daten erfolgt auf Grundlage des gemeinsamen Kategoriensystems der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Dieses Kategoriensystem ermöglicht eine einheitliche Erfassung und Vergleichbarkeit von antisemitischen Vorfällen zwischen den RIAS-Meldestellen bundesweit. Als Teil der BAG steht RIAS Sachsen-Anhalt im engen Austausch mit den Mitgliedern der BAG. In regelmäßigen Treffen sprechen die RIAS-Meldestellen über aktuelle Entwicklungen im Vorfalldgeschehen wie etwa die Bedeutung von bestimmten Anlässen und Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Vorfälle sowie über Arbeitsweisen und Kategorisierungen.

RIAS Sachsen-Anhalt begann im Jahr 2022 mit der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Netzwerkbeziehungen aufgebaut, die RIAS-Meldestelle und die Möglichkeiten des Meldesystems jüdischen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Partnern und der Öffentlichkeit erst einmal bekannt gemacht werden mussten. Im Verlauf des ersten Jahres und mit dem fortgesetzten Aufbau der Meldestelle wurden erste Recherchen durchgeführt und ein Monitoring begonnen. Die Dokumentation und Auswertung des Vorfalldgeschehens im Jahr 2022 war insofern ein erster vertiefender Einblick in das Dunkelfeld Antisemitismus, aber noch keine umfassende Dokumentation des Vorfalldgeschehens auf breiter Basis von Meldungen, Beobachtungen von Netzwerkpartner:innen und kontinuierlichem Monitoring. Dadurch lässt sich für einen großen Teil der Kategorien keine oder nur sehr bedingt eine aussagekräftige Vergleichbarkeit zwischen den Ergebnissen aus dem Jahr 2022 und der Dokumentation aus dem Jahr 2023 herstellen. Aus diesem Grund wird in der folgenden Analyse nur an ausgewählten Stellen solch ein Vergleich der Daten zwischen beiden Beobachtungszeiträumen vorgenommen.

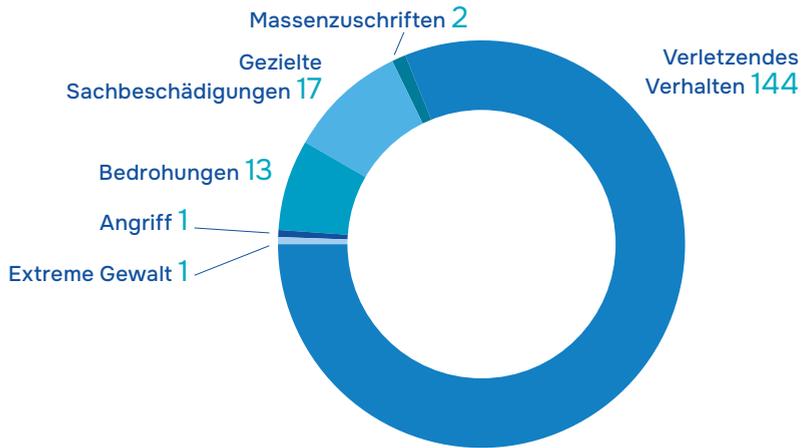
AUF EINEN BLICK

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt hat für das Jahr 2023 insgesamt 178 antisemitische Vorfälle erfasst. Vergangenes Jahr ist RIAS Sachsen-Anhalt demnach durchschnittlich an jedem zweiten Tag ein Vorfall bekannt geworden. Der vorliegende Jahresbericht ist der erste Bericht der neu eingerichteten RIAS-Meldestelle in Halle (Saale). Er zeigt Antisemitismus als alltagsprägendes Phänomen für die jüdische Gemeinschaft und spiegelt die Zäsur des 7. Oktober 2023 wider.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN SACHSEN- ANHALT IM JAHR 2023

RIAS Sachsen-Anhalt hat 2023 insgesamt 178 antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt dokumentiert. Das sind im Durchschnitt drei bis vier antisemitische Vorfälle pro Woche. Damit gab es eine Zunahme um 131 bekanntgewordene antisemitische Vorfälle im Vergleich zu den 47 dokumentierten Vorfällen im Jahr 2022.

Im Vorfallgeschehen des vergangenen Jahres zeichnet sich dabei deutlich die Zäsur des Terrorangriffs der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ab. Die antisemitische Reaktion auf die Massaker der Terrororganisation hat sich auch in Sachsen-Anhalt in Form eines markanten Anstiegs der Anzahl antisemitischer Vorfälle niedergeschlagen. So fällt mehr als die Hälfte aller Vorfälle 2023 – 53,4 Prozent – auf das letzte Jahresquartal: Von Oktober bis Dezember sind RIAS Sachsen-Anhalt 95 Vorfälle gemeldet worden. Dies thematisieren wir gesondert im Fokuskapitel »Das Vorfallgeschehen nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober«.



Grafik 1: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Vorfalltypen

Bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle unterscheidet RIAS je nach Art und Schwere sechs verschiedene Vorfalltypen. Wie die obige Grafik zeigt, traten im Jahr 2023 alle Vorfalltypen auf.

Extreme Gewalt beschreibt physische Angriffe und Anschläge – oder deren Versuch – mit tödlicher oder potenziell tödlicher Gewalt, die den Verlust von Menschenleben oder schwere Körperverletzungen zur Folge haben oder haben können. Davon unterschieden werden in der Kategorie **Angriffe** physische Attacken oder deren Versuche, die nicht lebensbedrohlich sind oder keine schwerwiegenden körperlichen Schäden nach sich ziehen. Im Jahr 2023 gab es einen Vorfall extremer Gewalt sowie einen Angriff.

FALLBEISPIEL: **Angriff**

Am 28. Oktober wurde ein augenscheinlich israelsolidarischer junger Mann von einem anderen Mann als »Zionist« beleidigend angesprochen und anschließend angespuckt. Nur unter Widerstand – er schubste eine weitere Person wiederholt – konnte der Täter dazu gebracht werden, die Lokalität des Geschehens zu verlassen.

VORFALLTYP: **Angriff** ERSCHEINUNGSFORM: **Israelbezogener Antisemitismus**

Bedrohungen wiederum sind eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhungen von Gewalt. Im vergangenen Jahr hat RIAS Sachsen-Anhalt diese 13-mal erfasst.

Antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen sowie israelischen Personen und Institutionen, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Individuen und Institutionen, offline wie online, erfasst RIAS in der Kategorie des **verletzenden Verhaltens**. Auch das Beschädigen oder das Beschmieren nichtjüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Parolen oder durch das Anbringen antisemitischer Plakate, Aufkleber und Ähnlichem wird in dieser Kategorie dokumentiert.

Mit 144 Vorfällen verletzendem Verhalten im Jahr 2023 bildet dieser Vorfalltypus einen Großteil der dokumentierten Fälle ab. Von den 144 Vorfällen verletzendem Verhalten geschahen 72 Vorfälle, also die Hälfte dieser Kategorie, nach dem 7. Oktober 2023.

FALLBEISPIEL: **Verletzendes Verhalten**

In Halle (Saale) gingen zwei Passanten am »Marsch für das Leben«, der im Zuge von Yom haShoah im April stattfand, vorbei. Hierbei sagte der Mann zu seiner Begleiterin, bezogen auf die Teilnehmer:innen des Marsches: »Scheiß Juden«.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Antisemitisches Othering**

Vorfälle, in denen jüdisches Eigentum durch physisches Einwirken, Besprühen, Beschmieren oder Bekleben gezielt beschädigt wird, dokumentiert RIAS als **gezielte Sachbeschädigung**. Dazu zählen auch die Beschädigung oder das Beschmutzen von Zeichen und Orten der Erinnerung an die Shoah, also zum Beispiel von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. RIAS Sachsen-Anhalt dokumentierte im vorliegenden Beobachtungszeitraum 17 solcher gezielten Sachbeschädigungen, wobei zwölf Vorfälle verschiedene Gedenkort wie zum Beispiel NS-Gedenkstätten betrafen.

Außerdem gab es im Jahr 2023 zwei Vorfälle mit **Massenzuschriften**, also antisemitische Zuschriften, die sich an einen größeren Adressatenkreis richten, wie es etwa bei E-Mails mit antisemitischem Inhalt an zahlreiche Adressat:innen der Fall ist.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Antisemitismus zeigt sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen, die unterschiedliche Motive hinsichtlich ihrer Bezüge auf Geschichte und Gesellschaft, ihrer Feindbildkonstruktion und ihrer Welterklärungsmodelle aufweisen.

Das Vorfalleschehen in Sachsen-Anhalt zeigt alle Spektren antisemitischer Erscheinungsformen, wobei ein Teil der Vorfälle mehrere Erscheinungsformen zugleich enthält. Dadurch übersteigt die absolute Zahl der Zuordnungen von Erscheinungsformen die Anzahl der Vorfälle im Beobachtungszeitraum.



Grafik 2: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Erscheinungsform

Das **antisemitische Othering**, also die Markierung von Jüdinnen:Juden als Fremde beziehungsweise die Markierung von Personen und Institutionen als jüdisch, um sie als fremd zu markieren, wurde in 75 der bekanntgewordenen Vorfälle festgestellt. Das entspricht einem Anteil von 42,1 Prozent aller Vorfälle im Jahr 2023.

FALLBEISPIEL: Antisemitisches Othering

Jüdinnen:Juden als nichtzugehörig zu markieren und von der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft auszugliedern ist ein wesentlicher Bestandteil des antisemitischen Othering. Mit dem Schriftzug »Juden sind Scheiße« an einem verstaubten Fenster eines Gebäudes der Gedenkstätte KZ Lichtenburg-Prettin verdeutlicht der:die Täter:in genau das in seiner:ihrer Schmiererei. Zudem bezieht er:sie sich durch die Wahl des Tatorts antisemitisch auf die Opfer der Shoah. So ist der Vorfall ebenfalls dem Post-Shoah-Antisemitismus zuzuordnen.

VORFALLTYP: Verletzendes Verhalten ERSCHEINUNGSFORMEN: Antisemitisches Othering, Post-Shoah-Antisemitismus



Bild 3: Antisemitische Schmiererei auf dem Gedenkstättenengelände Lichtenburg-Prettin, fotografiert am 7. Juni 2023.

Antisemitische Einstellungen können auch auf den Staat Israel projiziert werden. Sobald sich Äußerungen zu der Politik Israels mit Ideologemen des Antisemitismus verbinden, sind sie dem **israelbezogenen Antisemitismus** zuzurechnen. Dazu zählen auch Aussagen, die sich antisemitisch gegen den jüdischen Staat richten, etwa wenn diesem die Legitimität zur Existenz abgesprochen wird. Der israelbezogene Antisemitismus hat mit 54 Vorfällen einen Anteil am Gesamtaufkommen von 30,3 Prozent. Markant ist, dass 43 der 54 Vorfälle, also etwa vier Fünftel aller Vorfälle mit israelbezogenem Antisemitismus, nach dem 7. Oktober 2023 geschahen.

Der **Post-Shoah-Antisemitismus**, also der Angriff auf die Erinnerung an die Shoah, die Leugnung der Shoah oder die antisemitische Verherrlichung des Nationalsozialismus, wurde in knapp jedem vierten Vorfall (25,3 %) beobachtet.

FALLBEISPIEL: **Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen**

Auf einer Demonstration gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie am 11. Februar 2023 in Halle (Saale) bezeichnete ein Redner die Bombardierung von Dresden im Februar 1945 durch die Alliierten als »Bombocaust«.

»Bombocaust« oder auch »Bombenholocaust« ist eine besonders in rechts-extremen Milieus gebräuchte Wortschöpfung, um das Sterben durch alliierte Kriegshandlungen mit der systematischen Ermordung von Menschen in deutschen Vernichtungslagern gleichzusetzen. Das Ausmaß der Bombardierung Dresdens wird in der Gleichsetzung stark überhöht, dagegen das Ausmaß des Holocausts stark abgeschwächt und damit die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert. Der Redner verbreitete außerdem die Desinformation, die Alliierten hätten Aufnahmen von Opfern der Bombardierungen Dresdens später für einen Dokumentationsfilm der Verbrechen in deutschen Konzentrationslagern verwendet und somit Belege für den Holocaust gefälscht.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Von den 178 Vorfällen im Beobachtungszeitraum weisen 42 Aspekte des **modernen Antisemitismus** auf, also die Behauptung einer vermeintlichen jüdischen Allmacht, einer jüdischen Weltverschwörung und Ähnlichem. Das entspricht einem Anteil von 23,6 Prozent am gesamten Fallaufkommen aus dem Jahr 2023.

FALLBEISPIEL: **Darstellung angeblicher jüdischer Physiognomie und »jüdischer Allmacht«**

In einer Gastwirtschaft in Halle hängt die Reproduktion des Bildes »Jay Gould's Private Bowling Alley« von Frederick Burr Opper aus dem Jahre 1882. In der Karikatur ist der Unternehmer und Anleger Jay Gould überlebensgroß dargestellt, wie er in der Wallstreet Bowling spielt. Gould wird hierbei in stereotypisch antisemitischer, vermeintlich jüdischer Physiognomie dargestellt: mit langer Nase, langem schwarzen Bart, langen, fast spitzen Ohren, übergroßem Kopf und hinterlistigem Blick. In dem Bild gibt es eine Vielzahl von Anspielungen auf betrügerische, verschwörerische Manipulation und Kontrolle von Banken, Wirtschaft und Presse durch den als jüdisch dargestellten Gould. So wirft die dargestellte Figur mit einer Bowlingkugel, auf der »Trickery« (dt.: Trickerei/Betrug) steht, eine Menge Kegel um, eine zweite Kugel »False Reports« (dt.: falsche/gefälschte Berichte) befindet sich unterhalb der Kegel. Die Kegel haben menschliche Köpfe und auf ihnen steht unter anderem »Banker«, »Speculator«, »Capitalist« und »Broker« (dt.: Banker, Spekulanten, Kapitalisten und Makler). Vor dem dargestellten Jay Gould liegt eine Bowlingkugel mit der Aufschrift »General Unscrupulousness« (dt.: Allgemeine Skrupellosigkeit) und er hält eine Kugel mit der Aufschrift »Private Press« (dt.: private Presse) in den Händen. Rechts neben Gould befindet sich eine Tafel mit Stift, auf der Namen von Banken und große Geldsummen aufgeführt sind, zusammengerechnet zu einer Gesamtsumme.

Mehrfachzuordnungen antisemitischer Erscheinungsformen

Solche Kombinationen von antisemitischen Erscheinungsformen wie in den genannten Vorfällen des antijudaistischen Antisemitismus zeigen sich in 42 Vorfällen (23,6 %) des gesamten Vorfallaufkommens. Von diesen traten in 32 Vorfällen zwei, in zehn Vorfällen drei Erscheinungsformen des Antisemitismus zugleich auf. Solch eine Verknüpfung von Erscheinungsformen zeigt sich zum Beispiel bei der Verschiebung der feindlichen Einstellung gegen Israel auf konkrete Jüdinnen:Juden, in der diese als eine Fremdgruppe markiert und für das Handeln Israels in Verantwortung genommen werden. Hier gehen also Formen von israelbezogenem Antisemitismus mit antisemitischem Othing einher.

Zudem enthalten antisemitische Weltbilder häufiger eine auf die Shoah bezogene Täter-Opfer-Umkehr, die zum Beispiel mit der Behauptung jüdischer Allmacht verbunden wird. So verknüpfen sich Formen des modernen Antisemitismus mit Formen des Post-Shoah-Antisemitismus.

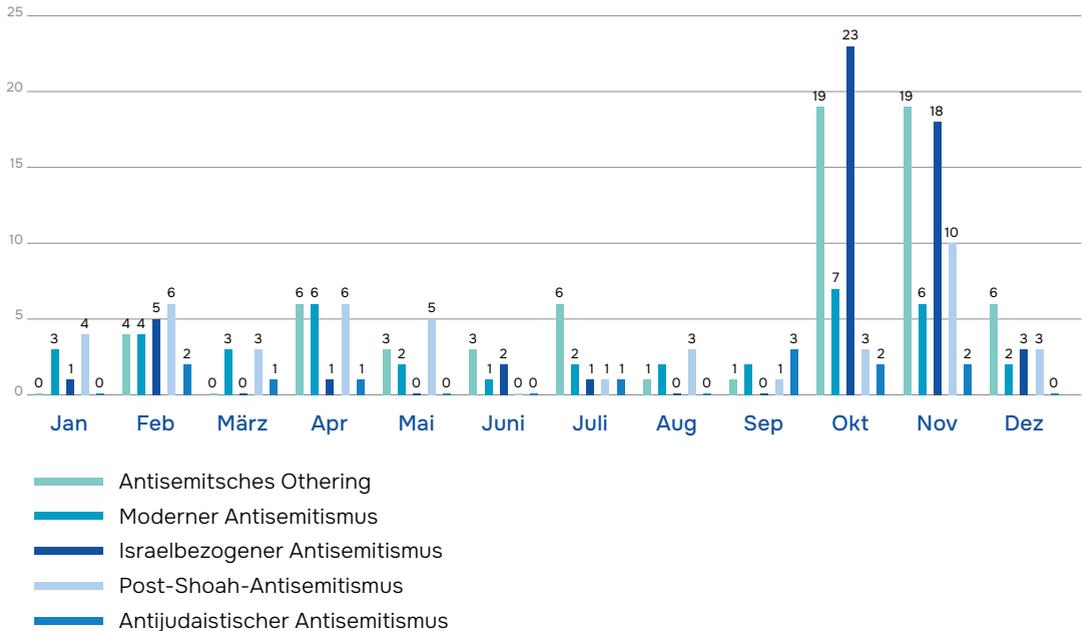
FALLBEISPIEL: **Redner leugnet die Shoah und behauptet eine »jüdische Allmacht«**

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung am 29. April 2023 in Magdeburg hielt ein Teilnehmer lautstark eine Ansprache. Darin behauptete er unter anderem, dass das Protokoll der Wannseekonferenz zeige, dass es sich bei den Gesprächsinhalten der Konferenz um einen »Rettungsplan für die Juden« gehandelt habe. »Die Juden« seien »evakuiert« worden, womit er unter anderem die Deportation von Juden in sogenannte »Altenghetto« meinte. Des Weiteren sprach er von der »Macht der Juden« und hob hervor, dass Angela Merkel, Olaf Scholz und Rothschild »alles das Gleiche« seien und die »Ungeimpften« im Zuge der Corona-Pandemie die »neuen Juden«. Indem er die Wannseekonferenz, auf der Vertreter von SS und unterschiedlichen staatlichen Stellen des Nationalsozialismus die fortgesetzte Vernichtung der europäischen Jüdinnen:Juden planten, als einen »Rettungsplan« darstellt, leugnet er die Shoah. Ebenso findet in der Gleichsetzung von »Ungeimpften« mit den Opfern der Shoah eine Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen statt. Dieser Angriff auf die Erinnerung an die Shoah verknüpft sich mit der Behauptung einer jüdischen Allmacht, in dem der Redner unter anderem in der Chiffre »Rothschild« eine vermeintliche Lenkung der deutschen Bundesregierung andeutet und ganz offen von der »Macht der Juden« spricht.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORMEN: **Post-Shoah-Antisemitismus, moderner Antisemitismus, antisemitisches Othing**

Erscheinungsformen nach Monaten

Die Verteilung der Erscheinungsformen nach Monaten verdeutlicht – ähnlich wie der Verlauf des Vorfalljahresaufkommens – die Zäsur des Terrorangriffs auf Israel und den damit verbundenen deutlichen Anstieg der Anzahl antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023. Es zeigt sich vor allem eine Häufung von Vorfällen mit israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering im Oktober und November 2023.



Grafik 3: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Erscheinungsform und Verteilung nach Monaten

Betroffene und Tatorte

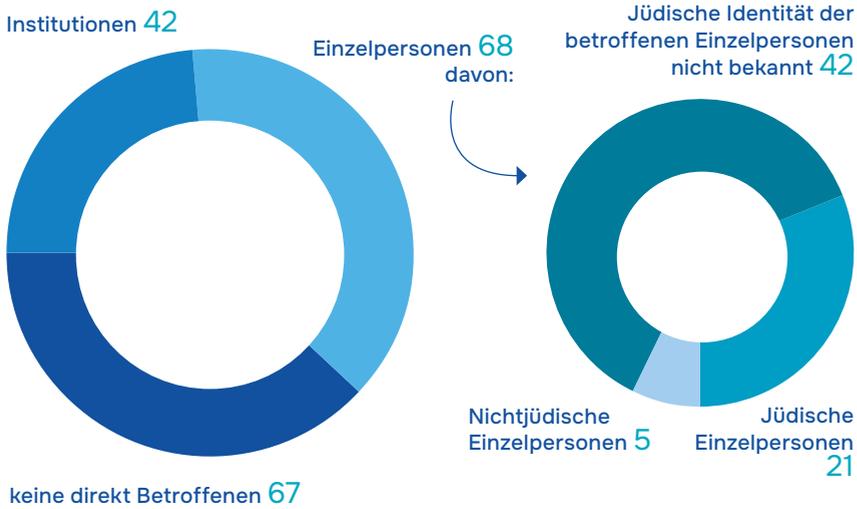
Von 178 dokumentierten antisemitischen Vorfällen richteten sich 110 gegen Personen (in 68 Fällen) oder Institutionen (in 42 Fällen). In 19 antisemitischen Vorfällen waren Jüdinnen:Juden direkt betroffen und wurden von den Täter:innen – denen in diesen Fällen bekannt war, dass die Betroffenen jüdisch sind – antisemitisch adressiert. In zwei Fällen wurden Jüdinnen:Juden antisemitisch adressiert, ohne dass den Täter:innen bekannt war, dass sie jüdisch sind. Zudem sind in fünf antisemitischen Vorfällen nichtjüdische Einzelpersonen als jüdisch gesehen und antisemitisch adressiert worden.

Beispielsweise hat ein Teilnehmer der sogenannten »Montagskundgebung« am 17. April in Halle (Saale) die parallel stattfindende Gedenkveranstaltung zum Yom haShoah und des »Marsches für das Leben« gestört. Durch Zwischenrufe »[unverständlich] ist auch Jude« und Provokationen Ordnern gegenüber fiel er mehrmals antisemitisch auf.

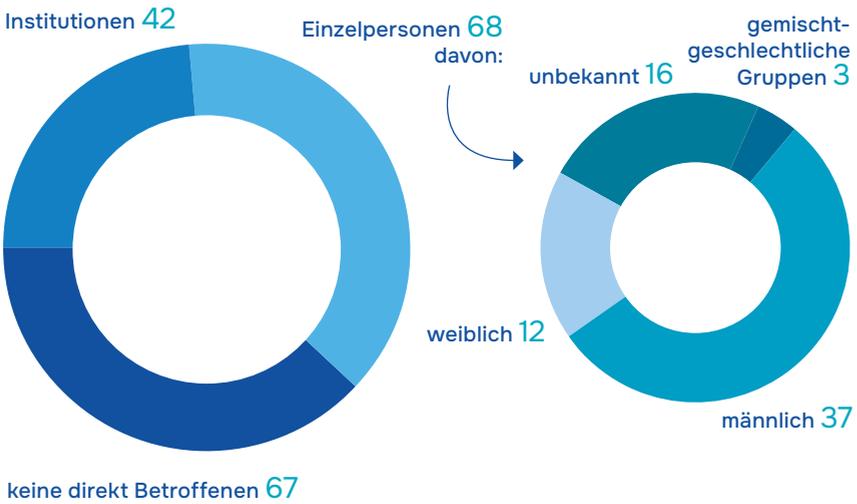
Jüdische Institutionen waren in elf Fällen von Antisemitismus betroffen, bei zwei zusätzlichen Vorfällen identifizierten die Täter:innen die betroffene Institution als jüdisch, obwohl es sich um eine nichtjüdische Institution handelte. In weiteren 29 Fällen traf es nichtjüdische Institutionen.

Bei einem Vorfall lagen RIAS Sachsen-Anhalt nicht genügend Informationen vor, um zu beurteilen, ob eine Einzelperson oder eine Institution betroffen war. In 67 Fällen waren keine Einzelpersonen oder Institutionen direkt betroffen. Bei diesen Vorfällen handelt es sich unter anderem um antisemitische Schmierereien sowie Aufkleber im öffentlichen Raum und antisemitische Artikulationen im Kontext politischer Demonstrationen. So sind beispielsweise am 19. Juni 2023 mehrere Sticker mit der Aufschrift »Fuck you Israel« und der Darstellung eines durchgestrichenen Davidsterns in Wolmirstedt gemeldet worden.

Die Zahlen zeigen, dass für Jüdinnen:Juden grundsätzlich die Gefahr besteht, im Alltag mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. Dies kann sich negativ auf das Sicherheitsgefühl der potenziell Betroffenen und die Möglichkeiten eines offenen Umgangs mit der eigenen jüdischen Identität auswirken. Zudem geht RIAS Sachsen-Anhalt von einer höheren Dunkelziffer insbesondere bei Fällen mit direkt Betroffenen aus, da die Meldestelle sich noch im Aufbau befindet und ihre Reichweite weiter ausbaut.



Grafik 4: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2023



Grafik 5: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2023 nach Geschlecht

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der antisemitischen Vorfälle

RIAS ordnet antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund (kurz: politischer Hintergrund) zu, insofern sich dieser aus dem Vorfall selbst oder aus dem Kontext der Situation eindeutig bestimmen lässt. Es erfolgt dabei keine automatische Zuordnung eines bestimmten politischen Hintergrunds aufgrund der inhaltlichen Erscheinungsform eines Vorfalls. Eine klare Einordnung des Tathintergrunds ist möglich, wenn zum Beispiel Meldende Angaben zu den Täter:innen machen können oder diese sich anhand politischer Symbolik auf der Kleidung positionieren.

FALLBEISPIEL: **Reichsbürgertreffen in Magdeburg**

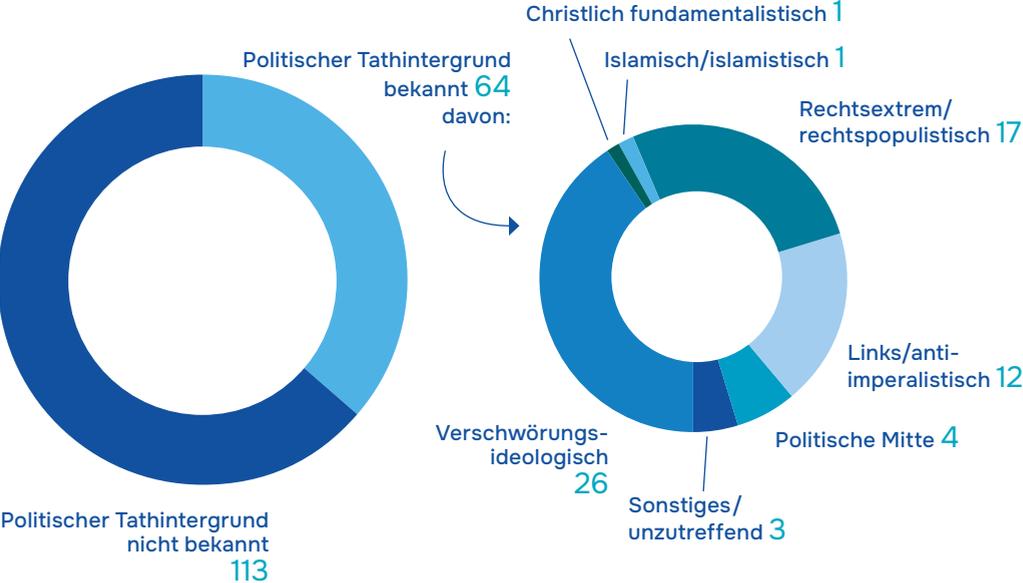
Als sogenanntes »Treffen der Bundesstaaten« versammelten sich am 19. August 2023 unter dem Motto »Heimath [sic] und Weltfrieden« verschiedene Gruppen und Einzelpersonen der sogenannten Reichsbürger-Szene in Magdeburg. Ein Redner auf der Bühne sprach von einer Politik des »Holocaust am deutschen Volk«, was eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr darstellt. Durch die aktive Teilnahme an der programmatisch eindeutigen Versammlung und durch die Selbstverortung des Redners lässt sich der antisemitische Vorfall einem rechtsextremen Tathintergrund zuordnen.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

In 65 von 178 Fällen konnte RIAS Sachsen-Anhalt einen eindeutigen politischen Hintergrund identifizieren, von dem die Vorfälle ausgingen. Das betrifft etwa jeden dritten Vorfall, den RIAS Sachsen-Anhalt 2023 dokumentiert hat. Aufgrund fehlender Informationen konnten 63,5 Prozent der Vorfälle keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden.

In 26 Vorfällen handelt es sich um einen verschwörungsideologischen Tathintergrund, in 17 Fällen haben Akteure aus dem rechtsextremen Spektrum antisemitische Vorfälle zu verantworten und in zwölf Vorfällen geht der Antisemitismus von als links-antiimperialistisch eingeordneten Personen aus. Viermal kann ein Vorfall der politischen Mitte zugeordnet werden, zweimal explizit dem islamistischen Spektrum und ein Vorfall kommt aus dem christlich fundamentalistischen Spektrum. Von den zuordenbaren Vorfällen hat folglich ein Großteil einen verschwörungsideologischen oder rechtsextremen Hintergrund. Die Zahlen zeigen aber auch, dass antisemitische Vorfälle mit sämtlichen politischen Hintergründen identifiziert wurden.

Dass zudem zwei Drittel der Vorfälle von Personen ohne bestimmbar politischen Hintergrund ausgehen, verstärkt, ähnlich wie die unterschiedliche Qualität der Tatorte, bei Jüdinnen:Juden die Wahrnehmung, dass sie in jeder Situation und in jedem Umfeld mit Antisemitismus konfrontiert werden können.

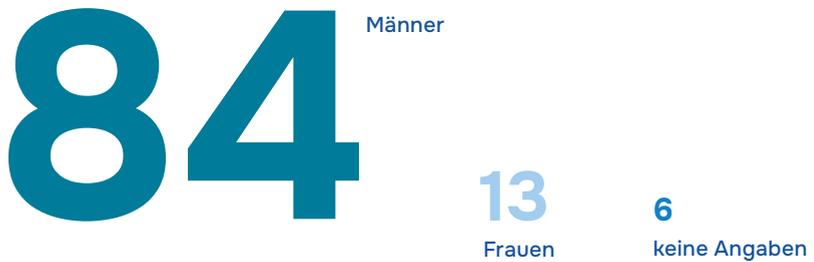


Grafik 6: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der antisemitischen Vorfälle 2023

Geschlechtskonstellation der Täter:innen

Sofern Beschreibungen durch Betroffene oder Zeug:innen zu Täter:innen gegeben werden konnten, handelt es sich überwiegend um männliche Einzelpersonen; dies war bei 84 der 178 Meldungen der Fall. In 13 Fällen sind Frauen als Einzelpersonen Täterinnen antisemitischer Vorfälle. Bei sechs weiteren Einzelpersonen ist das Geschlecht unbekannt. Insgesamt zehn antisemitische Vorfälle gingen von Gruppen aus. Dabei handelt es sich viermal um ausschließlich männliche Gruppen und dreimal um gemischtgeschlechtliche Konstellationen. Weibliche Gruppen als Urheberinnen von Vorfällen gibt es keine. In 65 Fällen liegt RIAS Sachsen-Anhalt keine Information zu den Personen vor, von denen die antisemitischen Vorfälle ausgingen.

Einzelpersonen



Gruppen



Grafik 7: Geschlechtskonstellation der Täter:innen antisemitischer Vorfälle 2023

Tatorte

Insgesamt hat RIAS Sachsen-Anhalt 132 antisemitische Vorfälle im vergangenen Kalenderjahr offline und 46 online dokumentiert. Online-Vorfälle werden nur erfasst, wie andere Vorfälle auch, wenn sie sich direkt gegen eine in Sachsen-Anhalt befindliche konkrete Person oder Institution richten und der Vorfall RIAS Sachsen-Anhalt bekannt wird.

Von den 132 Offline-Vorfällen fand ein Großteil auf der Straße statt (63). Damit geschahen auf offener Straße durchschnittlich mehr als zwei antisemitische Vorfälle pro Woche. In 15 weiteren Fällen traf Antisemitismus Gedenkort und in neun Fällen fand er direkt in Bildungseinrichtungen statt – in Institutionen wie Schulen, Universitäten oder Museen. Zudem kam es sechsmal zu antisemitischen Vorfällen für Betroffene in ihrem direkten Wohnumfeld. Im ÖPNV und auf Friedhöfen kam es jeweils zu vier antisemitischen Vorfällen, die dokumentiert werden konnten, sowie zweimal zu antisemitischen Vorfällen gegen Synagogen in Sachsen-Anhalt.

Die Verteilung der Tatorte zeigt einmal mehr, dass Jüdinnen:Juden in allen Bereichen des alltäglichen Lebens mit Antisemitismus konfrontiert werden. Ob es nun antisemitische Schmierereien auf dem Weg zur Arbeit, antisemitische Sprüche im Sportverein oder Beschimpfungen der Nachbar:innen sind – die antisemitischen Vorfälle reichen vom öffentlichen Raum bis in den persönlichen Nahbereich. Dies wirkt sich auf Jüdinnen:Juden direkt aus und lässt vermuten, dass die Abwägung zwischen Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität und Sicherheit als Person auf letztere fällt und Betroffene ihre jüdische Identität weniger nach außen tragen.

Offline

131

Online

46

Unbekannt

1



5

Arbeitsplatz

9

Bildungs-
einrichtungen

3

Gastronomie

15

Gedenkort

3

Geschäftsstelle

4

Friedhof

4

Gewerbe

4

ÖPNV

1

Öffentliches Gebäude

4

Öffentliche Grün-
anlage

5

Privatgelände

2

Sonstige

2

Synagoge

63

Straße

6

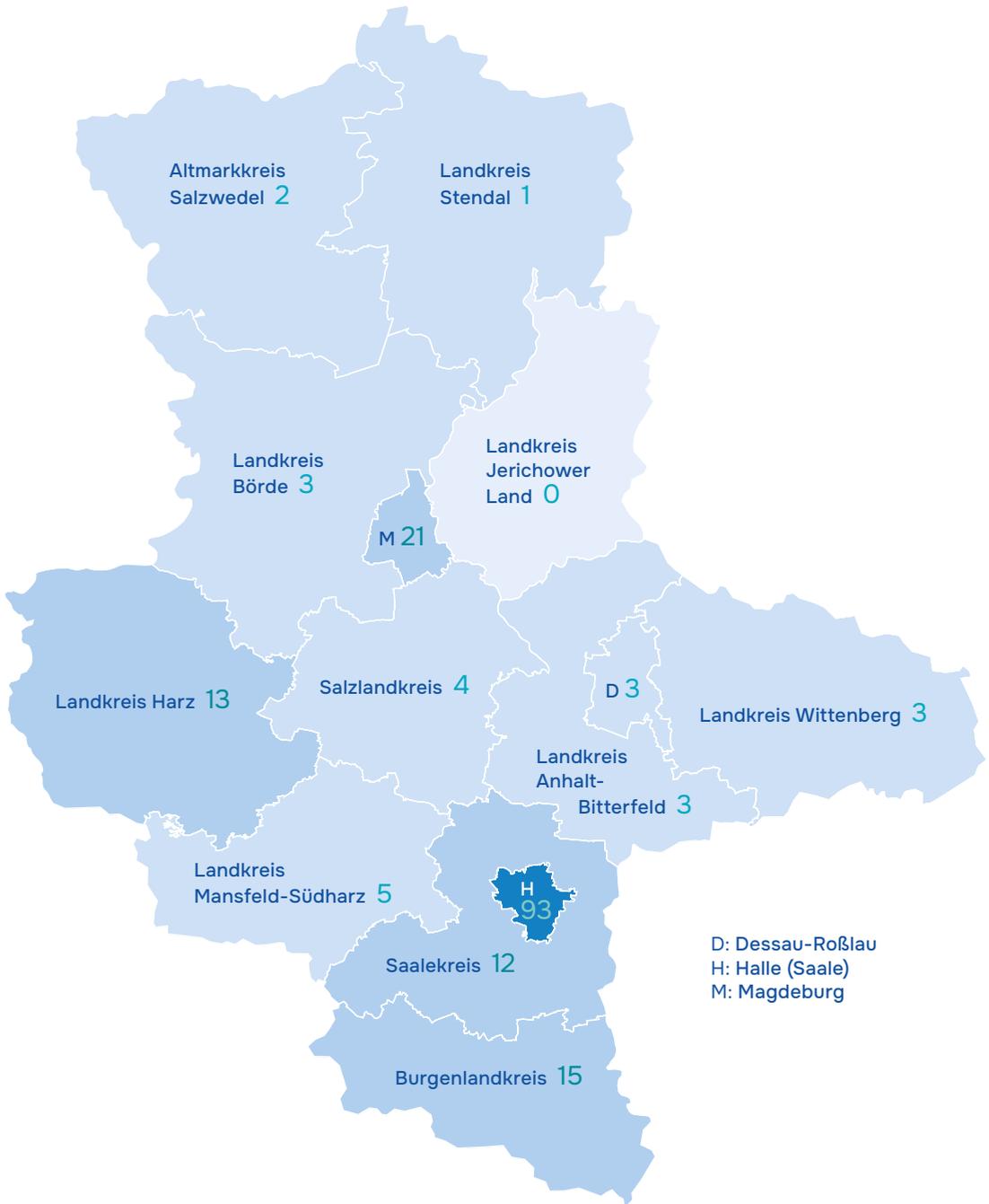
Wohnumfeld

1

Stadion

Grafik 8: Tatorte antisemitischer Vorfälle 2023

Regionale Verteilung der dokumentierten Vorfälle



Grafik 9: Regionale Verteilung der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2023

In der regionalen Verteilung zeigt sich, dass mit 93 Vorfällen die meisten antisemitischen Vorfälle in der Stadt Halle (Saale) bekannt wurden. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. 40 der 93 Vorfälle fanden online statt. Hierbei entfallen 20 Vorfälle auf eine Kette von Vorfällen im Onlinebereich, also wiederkehrende Vorfälle mit demselben Adressaten oder derselben Adressatin, die in Bezug zu Halle (Saale) stehen. Dies trifft ebenfalls auf weitere 18 Vorfälle zu, bei denen antisemitische Kommentare auf einer Facebookseite für den Raum Halle (Saale) gepostet wurden. Eine vergleichbare Seite mit solch einem Aufkommen von Kommentaren gibt es für andere Regionen in Sachsen-Anhalt nicht oder nicht mit vergleichbarem Nutzeraufkommen.

Die Meldestelle befindet sich zudem weiterhin im Aufbau- und Vernetzungsprozess, sodass auch der Vernetzungsgrad in die unterschiedlichen Teile des Bundeslandes eine wesentliche Rolle für das Bekanntwerden von antisemitischen Vorfällen spielt. So ist RIAS Sachsen-Anhalt an seinem Sitz in Halle bereits weiter vernetzt und bekannt als etwa in Magdeburg. Darüber hinaus weisen urbane Räume eine größere und aktivere Zivilgesellschaft auf mit einer breiteren Bereitschaft, Vorfälle zu melden.

Auch das Versammlungsgeschehen prägt das Vorfallaufkommen in Halle: So gibt es dort mehrere Akteure und Gruppen des verschwörungsideologischen und rechtsextremen Milieus, die teilweise zeitlich parallele Kundgebungen und (Montags-)Demonstrationen organisierten, auf denen es zu antisemitischen Aussagen kam. In Magdeburg etwa ist die Frequenz an Veranstaltungen aus diesen Milieus geringer oder die Dokumentation dieser Veranstaltungen sind dem (Online-)Monitoring nicht zugänglich.

Auch in der Summe zeigt sich, dass in den Großstädten des Bundeslandes deutlich mehr antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden als im kleinstädtischen und ländlichen Raum (117 zu 61 Vorfälle). Neben genannten Faktoren kommt hinzu, dass in den Großstädten Sachsen-Anhalts jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben sichtbarer sind und somit als konkrete Ziele von Täter:innen wahrgenommen werden.

Aus dem geringeren Melde- und Dokumentationsaufkommen im kleinstädtischen und ländlichen Raum lässt sich somit kein geringeres Aufkommen von Antisemitismus ableiten. Hier muss aus fallspezifischer Erfahrung und aus den Ergebnissen der Autoritarismus- und Antisemitismusforschung⁹ gefolgert werden, dass größere Teile des Aufkommens antisemitischer Vorfälle der RIAS-Meldestelle im kleinstädtischen und ländlichen Raum bisher nicht bekannt werden.

⁹ Beispielsweise Decker, Oliver et al. (2023): *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern*, S. 9, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf (abgerufen am 04.04.2024).

Dieses Dunkelfeld gilt es weiter zu erhellen. Mit kontinuierlicher Netzwerkarbeit und Monitoringtätigkeit ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren antisemitische Vorfälle auch im kleinstädtischen und ländlichen Raum sichtbar gemacht werden können. Bis antisemitische Vorfälle einen repräsentativen Anspruch haben, rechnet etwa der Community Security Trust¹⁰ mit einem kontinuierlichen Meldestellenaufbau von mindestens fünf Jahren.¹¹

¹⁰ Der Community Security Trust (CST) ist eine britisch-jüdische Wohlfahrtsorganisation mit Sitz in London, die seit 1984 antisemitische Vorfälle im Auftrag der jüdischen Gemeinde registriert und mithilft, Jüdinnen:Juden vor Antisemitismus und damit verbundenen Bedrohungen zu schützen. Zur Webseite des CST: <https://cst.org.uk/>.

¹¹ Bundesverband RIAS (2020), wie Anm. 4, S. 87.

AUSGEWÄHLTE ASPEKTE DES VORFALL- GESCHEHENS 2023

Neben der Zäsur des 7. Oktober, die als Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus im Folgekapitel ausgeführt werden soll, gab es in Sachsen-Anhalt 2023 auch einige Tatanlässe für Antisemitismus. Ein Tatanlass beziehungsweise der Anlass in einem situativen Kontext meint spezifische Rahmenbedingungen, die sich auf die antisemitische Äußerung oder Handlung auswirken und diese aus Sicht der Täter:innen befördern. Beispielsweise wurden Gedenktage an die Shoah zum Anlass genommen, antisemitisch tätig zu werden. Eine Gelegenheitsstruktur hingegen beschreibt ein Ereignis, im Zuge dessen es zu einer starken Häufung antisemitischer Vorfälle kommt.

Versammlungsgeschehen

Eine Kontinuität vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Vorjahres zeigt sich im Versammlungsgeschehen des verschwörungsideologischen Milieus. Auch wenn Kundgebungen, Demonstrationen und sogenannte Spaziergänge besonders im kleinstädtischen und ländlichen Raum sowohl in ihrer Zahl als auch in der Anzahl der Teilnehmer:innen im Vergleich zu 2022 abnahmen, waren diese Versammlungen immer wieder Tatorte und Anlässe antisemitischer Vorfälle. Bereits im Jahr 2022 gab es im thematischen Fokus der Akteure und Veranstaltungen eine Verschiebung von der Corona-Pandemie hin zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dennoch blieben Verschwörungserzählungen mit Bezug auf das politische und strategische Handeln der Welthandelsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation im Nachgang der Corona-Pandemie beständig Thema.

FALLBEISPIEL: Verschwörungsmymthen »The Great Reset« und »George Soros«

Auf verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen des verschwörungsideologischen Milieus wurde immer wieder dieses Plakat öffentlich gezeigt, so unter anderem am 23. Januar 2023 in Halberstadt, am 29. April 2023 in Magdeburg und am 11. August 2023 in Blankenburg.

Das Plakat verknüpft die Verschwörungserzählung »The Great Reset« mit antisemitischen Behauptungen über den jüdischen Unternehmer und Philanthrop George Soros. Soros ist auf dem Plakat am Rand links neben



Bild 5: Demo-Plakat mit antisemitischer Verschwörungserzählung, fotografiert am 11. August in Blankenburg.

Bundeskanzler Scholz abgebildet. »The Great Reset« war ursprünglich die Bezeichnung einer Initiative des Weltwirtschaftsforums, die die Weltwirtschaft nach den Erfahrungen in der Corona-Pandemie stärker auf soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausrichten wollte. Verschwörungserzählungen behaupten, hinter »The Great Reset« verberge sich der geheime Plan globaler (Finanz-)Eliten, die weltweite Kontrolle über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen. George Soros wird neben anderen hier als Drahtzieher jener Geheimpläne zur Weltherrschaft skizziert. Das Plakat reproduziert damit die antisemitische Chiffre »George Soros« als angebliche Personifikation jüdischer Allmacht.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Moderner**

Antisemitismus

Ein verbindendes Element der unterschiedlichen Themen und Ereignisse, das die verschwörungsideologischen Akteure und Veranstaltungen aufgreifen, ist die Behauptung einer globalen, verschworenen Elite, welche Politik, Wirtschaft und Medien kontrollieren würde. Diese chiffrierte Erzählung findet sich in unterschiedlichen Versionen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und unterschiedlichen Codierungen. Sie alle eint die Anlehnung an die antisemitische Behauptung jüdischer Allmacht und jüdischer Kontrolle der Welt. Dabei wird häufig der Begriff »Zionisten« als Chiffre für »Juden« verwendet: Bekannte, zumeist jüdische Persönlichkeiten dienen als Projektionsfläche stereotyper antisemitischer Konstruktionen und verschwörungsideologischer Behauptungen. Die verschwörungsideologischen Akteure bedienen sich narrativer Muster des Antisemitismus, ohne aber dezidiert von Juden, jüdischer Allmacht oder jüdischer Weltverschwörung zu reden. Stattdessen dienen Begriffe wie »Marionettenspieler« oder »Globalisten« als Ausweichkommunikation, indem sie die behauptete Personifikation von Allmacht begrifflich verallgemeinern. Häufig ergeben sich jedoch auch Bezüge und Anspielungen auf eine vermeintliche jüdische Allmacht, wodurch der antisemitische Gehalt trotzdem hervortritt.

Als antisemitischer Vorfall ist es dann zu erfassen, wenn sich die genannten Chiffren mit der expliziten Markierung als Jüdinnen:Juden kombinieren.

FALLBEISPIEL: Die »Protokolle der Weisen von Zion« und »Zionisten« als Chiffre

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung in Naumburg im April 2023 verbreitete ein Redner antisemitische Behauptungen über eine jüdische Allmacht und jüdische Kontrolle der Welt. Es gebe »bestimmte Drahtzieher und deren Nachkommen«, die »seit Jahrhunderten die Fäden in der Hand« hielten und Völker zum Zwecke der Bevölkerungsreduktion und für eine neue Weltordnung gegeneinander zu Kriegen aufhetzen würden. Seine Aussagen unterstrich er nicht nur mit angeblichen Zitaten eines ungenannten »besonders dreisten Rabbis«. Er sah vor allem im Inhalt der »Protokolle der Weisen von Zion« einen Beweis seiner Behauptungen. Entgegen der vielfach belegten Tatsache, dass dieses Pamphlet eines angeblichen Plans jüdischer Weltherrschaft eine antisemitische Fälschung ist, behauptete er die Echtheit dieses Werks und benannte die »damals höchsten Rabbis« als seine Urheber. »Bis heute [ist] jeder Lebensbereich«, »[sind] fast alle Posten und Ämter des täglichen Lebens«, »99,8 Prozent der Medien« und ist auch der »Scheinstaat« Deutschland in »zionistischer Hand«. Zur Untermauerung verwies er auch auf die antijüdischen und antisemitischen Schriften Martin Luthers. »Zionistische Hand« fungiert hier als Chiffre und Ausweichkommunikation für Juden und die behauptete jüdische Weltverschwörung.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORMEN: **Moderner Antisemitismus, antijudaistischer Antisemitismus, Post-Shoah-Antisemitismus**

Neben dem Versammlungsgeschehen des verschwörungsideologischen Milieus kam es nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auch zu mehreren Demonstrationen aus dem linken beziehungsweise antiimperialistischen Spektrum sowie aus dem antiisraelischen Aktivismus, auf denen immer wieder israelbezogener Antisemitismus geäußert wurde. Dies beschreiben wir im folgenden Kapitel umfassender.

Gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkortern und auf Friedhöfen

Fünfeinmal waren Gedenkort, die an die Shoah und nationalsozialistische Verbrechen erinnern, im Jahr 2023 Tatorte antisemitischer Attacken, vor allem durch gezielte Sachbeschädigungen (12), etwa durch Schändungen von Grabstätten oder Zerstörungen von Informationstafeln auf dem Gedenkstättenengelände. Von solchen Vorfällen gezielter Sachbeschädigung waren siebenmal NS-Gedenkstätten betroffen. Im Jahr 2022 dokumentierte RIAS Sachsen-Anhalt lediglich zwei Vorfälle an/in Gedenkortern.

FALLBEISPIEL: Beschädigungen der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe (Gardelegen)

Am Morgen des 3. April 2023 stellten Mitarbeiter auf dem Außengelände der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen erneut Grabschändungen und Sachbeschädigungen fest. Auf dem Ehrenfriedhof für die Ermordeten des Massakers von Gardelegen vom 13. April 1945 hatten unbekannte Täter:innen an den Gräbern Kreuze und Davidsterne umgestoßen, teils aus ihren Verankerungen gerissen und auf dem Friedhofsgelände verstreut. Die Gedenkstätte war bereits im Februar das Ziel von mutwilligen Zerstörungen und Diebstahl geworden.

VORFALLTYP: **Gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**

Bild 6: Grabschändung auf dem Ehrenfriedhof der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen, fotografiert am 3. April 2023.



Diese gezielte Beschädigung des Gedenkens nationalsozialistischer Verbrechen stellt eindrücklich und gewaltvoll die antisemitische Abwehr gegen die Erinnerung an die Shoah dar. Dies zeigt sich ebenfalls in der Schändung jüdischer Gräber. Neben Gedenkortern kam es 2023 auch auf Friedhöfen viermal zu gezielten Sachbeschädigungen, die RIAS Sachsen-Anhalt gemeldet wurden. Hier sind jüdische, aber auch nichtjüdische Gräber geschändet und die Totenruhe gestört worden, etwa durch umgeworfene oder zerstörte Grabsteine oder Schmierereien. So wurden im September 2023 auf dem jüdischen Gräberfeld des städtischen Friedhofs in Köthen über 40 Gräber beschädigt und teilweise Grabsteine umgestoßen. Im November 2023 beschmierten unbekannte Personen Grabsteine des muslimischen Gräberfeldes auf dem Magdeburger Westfriedhof mit Hakenkreuzen und Davidsternen – eine antisemitische Markierung. Solche Schmierereien, in denen auch (neo-)nazistische Symbole verwendet werden, prägen auch das folgende Beispiel.

FALLBEISPIEL: Schmierereien auf dem Jüdischen Friedhof in Gommern

Am Wochenende nach dem 9. November – dem Gedenktag der Novemberpogrome von 1938 – beschmierten Unbekannte das Eingangstor, die Mauer und ein darauf befindliches Mahnmal des jüdischen Friedhofs in Gommern. Die Davidsterne am Eingangstor und das Mahnmal, das ebenfalls einen Davidstern sowie eine Inschrift trägt, die an die jüdischen Opfer des Holocaust erinnert, wurden jeweils mit dem Zahlencode »88« beschmiert. Dieser Code steht in rechtsextremen Kreisen für »Heil Hitler« (8 = achter Buchstabe des Alphabets = H, »88« = HH). Ergänzt wurden diese Schmierereien durch die rassistische Vernichtungsdrohung »Wir werden alle Kanaken töten« und eine Anspielung auf Bundeskanzler Olaf Scholz (»Olaf du bist unwürdig«). An dem Gedenkstein wurde von der Polizei eine Schrecksschusswaffe gefunden.

VORFALLTYP: **Gezielte Sachbeschädigung** ERSCHEINUNGSFORM: **Post-Shoah-Antisemitismus**



Bild 7: Schmiererei mit NS-Zahlencode am Tor des Jüdischen Friedhofs Gommern.

ANTISEMITISMUS ALS ALLTAGS- PRÄGENDES PHÄNOMEN

Während die Störung der Totenruhe und Grabschändungen besonders auf bereits verstorbene Jüdinnen:Juden abzielen und bedrohliche Botschaften an lebende senden, passieren zahlreiche verbale und nonverbale Angriffe gegen Jüdinnen:Juden auch direkt in ihrem Alltag. Hierzu zählen folgende Vorfälle:

FALLBEISPIELE **zu verbalen Angriffen** **gegen Jüdinnen:Juden**

Im Juni 2023 schrie ein unbekannter Mann vor dem Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde Halle lautstark »Scheiß Juden«. Auf der Videoüberwachung des Gemeindehauses wurde der Mann dabei beobachtet und die Polizei gerufen. Bevor diese eintraf, konnte sich der Mann entfernen.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Antisemitisches Othering**

Folgender Vorfall illustriert ebenfalls, wie Antisemitismus Betroffenen auf der Straße direkt begegnen kann:

Ein Mann schrie auf offener Straße in Magdeburg ein älteres Ehepaar an und beleidigte die beiden. Er beschimpfte sie als »scheiß Judenschweine« und »scheiß Dreckschweine«.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Antisemitisches Othering**

Antisemitismus als alltagsprägendes Phänomen haben Jüdinnen:Juden auch im vergangenen Jahr nicht nur auf der Straße, etwa auf ihrem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit, sondern auch vor ihrer eigenen Haustür zu spüren bekommen. Alle zwei Monate im Durchschnitt, insgesamt also sechsmal, konnte RIAS Sachsen-Anhalt dokumentieren, dass die Täter:innen auf das unmittelbare Wohnumfeld der Betroffenen abzielen. Aus Sicherheitsgründen werden diese Vorfälle nicht veröffentlicht. Sie zeigen jedoch zweierlei: Zum einen sind Jüdinnen:Juden auch im direkten Wohnumfeld nicht vor Antisemitismus sicher, was den unvermittelten und alltäglich möglichen Charakter antisemitischer Vorfälle verdeutlicht, der in nahen Lebensbereichen einen besonders bedrohlichen Zug annimmt. Zum anderen sind einige dieser Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023 geschehen und lassen sich als Teil des dramatischen Anstiegs der Anzahl antisemitischer Vorfälle, insbesondere des israelbezogenen Antisemitismus, einordnen. Dieser schränkt Jüdinnen:Juden – zusätzlich zur massiven Belastung durch den 7. Oktober, den Tag des islamistischen Massakers der terroristischen Hamas in Israel – in ihrer Freiheit und Sicherheit ein. Dies thematisiert das Kapitel »Das Vorfallgeschehen nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober« im Detail.

Darüber hinaus fällt auf, dass es 2023 zu neun antisemitischen Vorfällen an Bildungseinrichtungen kam. Wie auch bei anderen Institutionen ist es für RIAS Sachsen-Anhalt herausfordernd, solche Vorfälle gemeldet zu bekommen und sie zu dokumentieren. Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Bildungseinrichtungen, aber auch andere Institutionen, antisemitische Vorfälle nicht melden. Zum einen ist die Meldestelle nicht allen Organisationen bekannt, zum anderen können Vertreter:innen der Institutionen eine interne Handhabung bevorzugen, die keine externen Akteure involviert. Darüber hinaus sind eine Vielzahl weiterer Ursachen denkbar, beispielsweise Bedenken bei einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Sorgen um minderjähriges Klientel, fehlende Betroffenenperspektive oder mangelndes Problembewusstsein für das Thema Antisemitismus. Ein nicht zu unterschätzendes Dunkelfeld dürfte sich in diesem Bereich verbergen. Zu Bildungseinrichtungen zählen Universitäten, aber auch Kindertagesstätten und Museen. Auch diese Vorfälle lassen sich nicht ohne Sicherheitsbedenken veröffentlichen, weswegen auf Fallbeispiele verzichtet wird.

Die Ergebnisse aus der Dokumentation und Analyse des antisemitischen Vorfalles im Jahr 2023 zeigen: Auch vor dem massiven Anstieg der Anzahl antisemitischer Vorfälle im Zuge des Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 und seiner Folgeereignisse gehörte für Jüdinnen:Juden Antisemitismus zum Erwartungshorizont beinahe aller Lebensbereiche des Alltags. Das heißt, Antisemitismus beeinflusst in unterschiedlicher Weise und geprägt durch das individuelle Erleben das alltägliche Handeln und erzwingt häufig ein situatives Abwägen über die Preisgabe der eigenen jüdischen Identität.

DAS VORFALL- GESCHEHEN NACH DEM TERROR- ANGRIFF AUF ISRAEL AM 7. OKTOBER

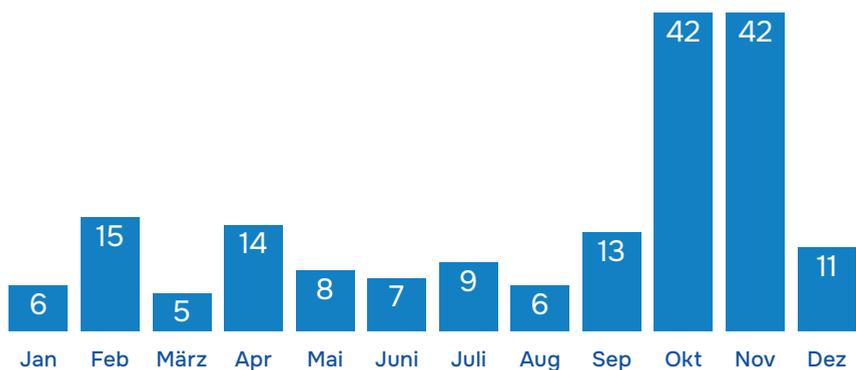
Der Terrorangriff der Hamas und ihrer Unterstützer:innen auf Israel am 7. Oktober 2023 war für Jüdinnen:Juden eine Zäsur. Es handelt sich um den größten Massenmord an Jüdinnen:Juden seit der Shoah in nicht vorstellbarer Grausamkeit. Zudem geschah er in Israel, dem Ort, der Jüdinnen:Juden weltweit bis dahin als so etwas wie ein sicherer Hafen galt.

Die Taten der Hamas und ihrer Unterstützer:innen sind schockierend. Leider ist aus Warte der RIAS-Erfahrung nicht überraschend, dass bereits in den Folgetagen nach dem Terrorangriff auf Israel die Anzahl der antisemitischen Vorfälle weltweit massiv anstieg. Der Terrorangriff der Hamas und seine Folgeereignisse zeigen sich auch im Bundesland Sachsen-Anhalt als Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus. Allgemein

lässt sich analytisch festhalten, dass exogene Faktoren wie der palästinensisch-israelische Konflikt, verknüpft mit organisierter Mobilisierung durch Social-Media-Kampagnen und örtlichen Versammlungen, Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitische Täter:innen motivieren und damit Antisemitismus begünstigen. Die Gelegenheitsstruktur, die die Massaker der Hamas und der Krieg in Israel und Gaza für antisemitische Vorfälle darstellt, ist eine Rahmenbedingung, die antisemitisches Handeln ermöglicht oder wahrscheinlicher macht. Dabei ist die Gelegenheitsstruktur nicht der Grund für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bietet für diese lediglich einen Bezug. So verzeichnete die Meldestelle seit dem 7. Oktober 2023 einen massiven Anstieg an Vorfällen mit verletzendem Verhalten, gezielten Sachbeschädigungen und Bedrohungen.

Allein im Oktober und November 2023 dokumentierte RIAS Sachsen-Anhalt 42 Vorfälle pro Monat. Zum Vergleich: Vor dem 7. Oktober gab es durchschnittlich neun antisemitische Vorfälle pro Monat. Insgesamt wurden von Oktober bis Dezember des Beobachtungszeitraums 95 Vorfälle registriert (83 Vorfälle in den neun Monaten zuvor), was einen Anteil von 53,4 Prozent am Gesamtaufkommen des Jahres ausmacht.

Das erhöhte Vorfallaufkommen in Folge des Terrorangriffs auf Israel zeigt auch die grafische Darstellung der Vorfälle nach Monaten:



Grafik 10: Anzahl antisemitischer Vorfälle 2023 nach Monaten

Von 54 Vorfällen mit israelbezogenem Antisemitismus im Jahr 2023 hat RIAS 43 nach dem 7. Oktober 2023 dokumentiert, das sind fast 80 Prozent.

Israelbezogener Antisemitismus tritt häufig mit anderen Erscheinungsformen wie etwa Post-Shoah-Antisemitismus auf, etwa in Form einer Täter-Opfer-Umkehr oder durch das Verharmlosen der Shoah. Israel erfüllt hierbei für die Täter:innen eine Stellvertreterfunktion für das eigentliche Objekt ihres antisemitischen Hasses. So äußerte sich beispielsweise am 13. Oktober 2023 eine Person in der Kommentarspalte einer Facebookseite

mit Lokalbezug Halle (Saale) ihrem Diskussionspartner gegenüber antisemitisch: Israel verübe »ein[en] neue[n] Holocaust«, indem es »Wasser, Lebensmittel, Medikamente und internationale Hilfe in Gaza verboten« habe. Hinter seine antisemitischen Äußerungen setzte der Täter ein lächelndes Smiley-Emoji. Außer solchen Verknüpfungen von israelbezogenem Antisemitismus mit Gleichsetzungen sowie Verharmlosungen der Shoah (Post-Shoah-Antisemitismus) dokumentierte die Meldestelle im Nachgang des 7. Oktobers 2023 etliche Fälle von antisemitischem Othinging. So ereigneten sich 41 der 75 gezählten Vorfälle mit dieser Erscheinungsform im Zeitraum nach dem 7. Oktober 2023.

Während schon vor dem 7. Oktober Antisemitismus für Jüdinnen:Juden ein alltagsprägendes Phänomen in Sachsen-Anhalt darstellte, folglich ihre Tagestruktur maßgeblich mitgestaltete und sich etwa in der Wahl des ÖPNV zur Arbeit oder der Sportvereinswahl niederschlug, hat der islamistische Terroranschlag am 7. Oktober auf Israel, den einzigen jüdischen Staat weltweit, und die damit einhergehende global vervielfachte Gewalt gegen Jüdinnen:Juden eine deutliche Zäsur dargestellt. Die Massaker der faschistischen Hamas am 7. und 8. Oktober sowie die seitdem herrschende Unsicherheit über die Zukunft der inhaftierten Geiseln und schließlich für die Perspektive des jüdischen Schutzraums per se stellen für Jüdinnen:Juden in Sachsen-Anhalt bereits eine hohe psychische Belastung dar. Hierzu reißen sich zusätzlich Bedrohungen vor Ort. So haben nicht nur antisemitische Äußerungen und Schmierereien stark zugenommen, die RIAs vor allem in der Kategorie »verletzendes Verhalten« dokumentiert – auch konkrete Gewaltandrohungen und gezielte Sachbeschädigungen haben sich vervielfacht.

Diese Gefahr, der sich Jüdinnen:Juden verstärkt ausgesetzt sehen, führt nicht nur zu einer psychischen Mehrfachbelastung der Betroffenen, sondern konkret zu einem erhöhten Schutzbedarf jüdischer Institutionen und Personen vor physischen Angriffen. Hierzu gehören auch die Erfahrungen im alltäglichen Nahbereich: Aussagen von Nachbar:innen oder Arbeitskolleg:innen, etwa die Konfrontation mit Rechtfertigungsforderungen für das militärische Handeln Israels im Nachgang des Terrorangriffs und vor allem eine erlebte Entsolidarisierung durch Freund:innen und Bekannte. Die aus der Kontinuität des Antisemitismus resultierende Notwendigkeit der alltäglichen Abwägung zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit – also der Versuch als Jüdin:Jude nicht erkennbar zu sein und potenziellen Angriffen eher entgehen zu können – hat somit seit dem 7. Oktober eine neue Dimension angenommen. Besonders für jüdische Institutionen bedeutet dies eine erhöhte Bedrohungslage, die sich in einer Vervielfachung von Drohschreiben und von Morddrohungen gegen das Personal widerspiegelt. RIAs Sachsen-Anhalt liegen zahlreiche Vorfälle hierzu vor, die aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden.

Abwehr und Störung des Gedenkens

Während Jüdinnen:Juden sich bemühen, die Bedeutung des terroristischen Massakers der islamistischen Hamas zu fassen, und der Opfer des Terrorangriffs zu gedenken, nutzen Täter:innen unter anderem die organisierten Mahnwachen und Kundgebungen, um antisemitisch zu agieren und Betroffene verbal anzugreifen.

FALLBEISPIEL: **Störung des Gedenkens und antisemitische Beleidigung**

Bereits am 8. Oktober 2023 störten circa 30 bis 40 Männer in Halle (Saale) eine Kundgebung zum Gedenken der Opfer des Terrorangriffs auf Israel. Die Männer skandierten »Allahu Akbar« und (auf Arabisch) »Unsere Seelen, unser Blut für Palästina« und zeigten mehrere palästinensische und syrische Fahnen. Als ein Mann die Polizei bat, etwas gegen die Gegendemonstranten zu unternehmen, riefen diese ihm zu: »Fick Israel«. Am Rande kam es zwischen einem Kundgebungsteilnehmer und einem Sympathisanten der Störer zu einem Streitgespräch, woraufhin der letztgenannte »Fickt Juden« rief.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Israelbezogener Antisemitismus**

FALLBEISPIEL: **Abwehr des Gedenkens an die Opfer des Terrorangriffs auf Israel**

In den Wochen nach dem 7. Oktober 2023 wurden in Halle (Saale) Plakate aufgehängt und geklebt, die der israelischen Opfer des Terrorangriffs gedenken und an die Entführten erinnern. Mehrfach hat die Meldestelle mutwillige Beschädigungen und Zerstörungen dieser Plakate dokumentiert. Der Vandalismus soll die Opfer des Terroranschlags unsichtbar machen und das Ausmaß der antisemitischen Gewalt vom 7. Oktober 2023 leugnen.

VORFALLTYP: **Verletzendes Verhalten** ERSCHEINUNGSFORM: **Israelbezogener Antisemitismus**

Antisemitisches Vorfalleschehen online

In der Folge des Terrorangriffs auf Israel kam es in den Sozialen Medien wiederholt zur Dämonisierung und Delegitimierung des Staates Israel. Mehrfach wurde in Kommentaren auf der Facebookseite einer lokalen Nachrichtenplattform aus Halle (Saale) behauptet, Israel sei ein Apartheidstaat, so etwa am 9. und 13.10.2023. In solchen Behauptungen wird in unzulässiger Weise der Staat Israel mit Apartheidregimen wie dem ehemaligen südafrikanischen Apartheidregime gleichgesetzt, um ihn zu dämonisieren. Auch wird in solchen Kommentaren Israel das Existenzrecht oder der jüdischen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Beispielsweise adressierte am 8. Oktober 2023 jemand eine andere Person in einem Kommentar auf genannter Plattform und behauptete: »Israelis [gemeint sind jüdische Israelis, Anmerk. RIAS Sachsen-Anhalt] sind Migranten in Palästina.«

Außerdem wurden in solchen Kommentaren in den Sozialen Medien mehrfach verschwörungsideologische antisemitische Erzählungen verbreitet, indem behauptet wurde, Israel würde den Terrorangriff der Hamas für seine Zwecke nutzen, hätte ihn dafür wissentlich geschehen lassen, um nun »Gaza und die Westbank besetzen zu können« (Kommentar vom 8.10.2023) oder »um jetzt alles mit Gaza und den Palästinensern machen zu dürfen. Genau wie die CIA vom 11.09 wussten, um nachher den ganzen Nahosten [sic] wie Iraq und Afghanistan zu verbrennen« (Kommentar vom 15.10.2023).

Noch extremer zeigen sich Kommentare mit einer Täter-Opfer-Umkehr. So behauptete am 23. Oktober 2023 jemand, ein israelischer Hubschrauber habe beim Massaker von Re'im¹² auf die Besucher:innen des Musikfestivals geschossen. Dies seien Erkenntnisse polizeilicher Ermittlungen in Israel. Als vermeintlicher Beleg wurde eine bereits mehrfach mit antisemitischen Inhalten aufgefallene Internetseite des antiisraelischen Aktivismus angeführt. Außerdem wurde angedeutet, es sei gefährlich, über diese Dinge zu sprechen, womit jüdische Medienkontrolle impliziert wurde. Dies lässt sich auch als Element des modernen Antisemitismus verstehen.

Diese RIAS Sachsen-Anhalt bekannt gewordenen Vorfälle im Internet bilden nur einen Ausschnitt aus der seit dem 7. Oktober 2023 auch im Online-Bereich stark gestiegenen Anzahl antisemitischer Artikulationen.

¹² Im Zuge ihres Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 attackierten Hamas-Terroristen und ihre Unterstützer:innen nahe dem Kibbuz Re'im die Besucher:innen des Psytrance-Musikfestivals Supernova Sukkot Gathering. 364 Menschen wurden allein an diesem Ort ermordet, sehr viele verletzt.

Versammlungsgeschehen

Auf verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen des linken »anti-imperialistischen« Spektrums nach dem 7. Oktober 2023, die bereits in ihren Ankündigungen und in der thematischen Ausrichtung der teilnehmenden Gruppierungen eine israelfeindliche Einstellung aufwiesen, kam es mehrfach zu antisemitischen Vorfällen. Dabei wurde immer wieder das Existenzrecht Israels bestritten, Israel als Apartheidstaat dämonisiert und auf gezeigten Landkarten als symbolisch ausgelöscht dargestellt beziehungsweise seine Auslöschung in Parolen wie »From the river to the sea, Palestine will be free«¹³ gefordert. Sechs solcher Vorfälle wurden nach dem 7. Oktober dokumentiert.

Das auf den 7. Oktober 2023 und seine Folgeereignisse bezogene antisemitische Vorfallgeschehen verdeutlicht, wie massiv solche Ereignisse als Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus wirken. Dabei zeigen auch die in Sachsen-Anhalt dokumentierten antisemitischen Vorfälle, dass israelbezogener Antisemitismus als Einfallstor für antisemitische Äußerungen auch anderer Erscheinungsformen fungiert und unabhängig vom politischen Hintergrund artikuliert wird.¹⁴ Diese antisemitische Gelegenheitsstruktur hat sich zusätzlich zur Kontinuität des von Antisemitismus geprägten Alltags im Bundesland etabliert und erschwert den hier lebenden Jüdinnen:Juden die Bewältigung der Geschehnisse vom 7. Oktober. Betroffene können den Schock des islamistischen Terrorangriffs der Hamas, den Tod von Angehörigen oder Freund:innen und die existenzielle Bedrohung oft nur unter stark erschwerten Bedingungen bearbeiten, da sie sich durch den zusätzlichen Antisemitismus vor Ort mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert sehen.

¹³ Diese Parole bezieht sich auf das gesamte Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. In der Vorstellung eines Staatsgebietes Palästina ist der Staat Israel nicht existent bzw. ausgelöscht.

¹⁴ Bundesverband RIAS (2023), wie Anm. 5, S. 37.

ANHANG

Begrifflicher Rahmen und Kategoriensystem

Die genutzten Vorfallkategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwenden bundesweit alle regionalen Meldestellen, so auch RIAS Sachsen-Anhalt, dieselben Kategorien, um Transparenz und Vergleichbarkeit untereinander zu gewährleisten.

RIAS Sachsen-Anhalt erlangt auf unterschiedliche Arten Kenntnis von antisemitischen Vorfällen im Bundesland. Primär sind die 2023 dokumentierten antisemitischen Vorfälle direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de oder via Mail an info@rias-sachsen-anhalt.de mitgeteilt worden. Zudem konnten einige Vorfälle telefonisch erfasst werden. Außerdem erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle durch institutionalisierte Formen der Übermittlung von Seiten der Kooperationspartner:innen, etwa der Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus Sachsen-Anhalt, OFEK e.V. Dazu kommen anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen und Presseberichte. Darüber hinaus konnte RIAS Sachsen-Anhalt bereits durch projekteigenes Monitoring von Medien und Veranstaltungen antisemitische Vorfälle erfassen. RIAS Sachsen-Anhalt geht jedoch weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.

RIAS Sachsen-Anhalt dokumentiert antisemitische Vorfälle unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz oder Schwere. Zudem arbeitet die Anlaufstelle betroffenenorientiert und parteiisch. Wenn sich Betroffene, Freund:innen, Bekannte oder Zeug:innen aufgrund eines antisemitischen Vorfalls melden, nehmen Mitarbeiter:innen zeitnah Kontakt mit der ratsuchenden Person auf, um verweisend zu beraten und den jeweiligen Vorfall einzuordnen.

Kategoriensystem

Vorfalltypen

RIAS Sachsen-Anhalt differenziert gemäß des Kategoriensystems der BAG sechs Oberkategorien zwischen verschiedenen Vorfällen:

- / **Extreme Gewalt**
- / **Angriffe**
- / **Gezielte Sachbeschädigungen**
- / **Bedrohungen**
- / **Verletzendes Verhalten**
- / **Massenzuschriften**

Um ein möglichst genaues Bild zu zeichnen, wird verletzendes Verhalten unterschieden in Diskriminierungen, Versammlungen und sonstige antisemitische Vorfälle, die verletzendes Verhalten kennzeichnen.

Als **extreme Gewalt** gelten (versuchte) physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben (können) oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu dieser Kategorie gehören beispielsweise auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse. Als **Angriffe** werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Zudem werden hierzu auch Beschädigungen oder Beschmutzungen von Erinnerungszeichen und -orten (z. B. Stolpersteine und Gedenktafeln) oder mit ihnen verbundenen Institutionen gezählt. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. **Verletzendes Verhalten** umfasst antisemitische Vorfälle ohne explizite Gewaltandrohung der Täter:innen. Es kann konkrete Einzelpersonen, aber auch die Öffentlichkeit adressieren. Dazu zählen antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen wie nichtjüdischen Personen oder Institutionen wie etwa antisemitische Beschimpfungen. Ebenso können dies Äußerungen auf Demonstrationen und Schmierereien im öffentlichen Raum sein wie auch Beschädigungen oder das Beschmieren nichtjüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber und Weiteres. Als **Massenzuschriften** werden antisemitische Zuschriften dokumentiert, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Bei der fachlichen Auswertung der dokumentierten Vorfälle differenziert RIAS Sachsen-Anhalt fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Dabei ist zu beachten, dass diese Kategorien lediglich idealtypisch sind und es sich bei den Vorfällen oft um eine Kombination aus mehreren Formen von Antisemitismus handelt. In Fällen von verbalen Anfeindungen können Täter:innen beispielsweise gleichzeitig moderne antisemitische wie auch antijudaistische Ausdrücke verwenden. Infolgedessen ist die Gesamtzahl der erfassten Vorfälle geringer als die Gesamtsumme der Vorkommnisse der einzelnen Erscheinungsformen.

Antijudaismus

Antijudaismus ist im Gegensatz zum modernen Antisemitismus in erster Linie religiös motiviert und äußert sich in abwertenden Zuschreibungen gegenüber der jüdischen Religion. Beispielsweise fallen darunter Äußerungen, die Jüdinnen:Juden des Mordes an Kindern beschuldigen. Dies geht auf die Ritualmordlegende aus dem Mittelalter zurück, in der jüdische Menschen beschuldigt werden, vermeintlich rituelle Morde an christlichen Kindern zu begehen, was über Jahrhunderte zu zahlreichen Pogromen, Massakern und Vertreibungen geführt hat. Antijudaismus findet sich auch in Zuschreibungen, die zentrale Praktiken des Judentums wie die Beschneidung männlicher Neugeborener (Brit Milah) und das rituelle Schächten von Säugetieren (Sch'chita) als »archaisch« oder »barbarisch« einstufen. Zudem konstruiert antijudaistischer Antisemitismus Bilder eines vermeintlich alttestamentlichen »Rachegottes«, die mit entsprechenden Zuschreibungen gegenüber Jüdinnen:Juden als rachsüchtig und hinterlistig korrespondieren. Auch die Vorstellung von Jüdinnen:Juden als Verräter:innen fußt auf antijudaistischen Traditionen.

Moderner Antisemitismus

Der moderne Antisemitismus entstand im späten 18. Jahrhundert und ist historisch mit etablierten antijüdischen Vorurteilsstrukturen verbunden. Er hat sich jedoch zu einer Ideologie entwickelt, die nicht mehr nur auf Religion beruht. Stattdessen basiert er auf der Vorstellung, dass Jüdinnen:Juden unfähig zur Loyalität seien und einen »Staat im Staat« darstellten. Aus dieser Vorstellung ergibt sich das verschwörerische Element, das den modernen Antisemitismus kennzeichnet. Jüdinnen:Juden werden oft als Marionettenspieler:innen dargestellt, die zu ihrem eigenen Vorteil undurchsichtige Machenschaften orchestrieren und weltweit soziale Krisen verursachen würden. Außerdem wird ihnen vorgeworfen, dass sie

über eine außergewöhnliche wirtschaftliche Macht verfügten und einen zerstörerischen Einfluss auf die Gesellschaften ausüben würden, in denen sie leben. Um diese Ideen zu verbreiten, werden häufig Personalisierungen und Codes verwendet, wobei Bezeichnungen wie »Rothschilds« oder »George Soros« den Begriff »Juden« ersetzen. Es kommt im modernen Antisemitismus nicht selten vor, dass Jüdinnen:Juden für völlig widersprüchliche Dinge verantwortlich gemacht werden.

Post-Shoah-Antisemitismus

Der Post-Shoah-Antisemitismus ist ein Phänomen, bei dem Schuld- und Erinnerungsabwehrmechanismen eingesetzt werden, um die während der Shoah begangenen Verbrechen zu verharmlosen, zu relativieren oder zu leugnen. Dies schließt häufig positive Bezüge zum Nationalsozialismus ein und kann sich auch in Beschädigungen von Gedenkstätten äußern. Diese Form des Antisemitismus wird auch als sekundärer Antisemitismus bezeichnet, weil er in Gestalt der Erinnerungsabwehr als Türöffner für klassische Topoi des modernen Antisemitismus fungiert – etwa wenn Jüdinnen:Juden beschuldigt werden, aus der Shoah wirtschaftlichen Nutzen ziehen zu wollen oder die Erinnerung an die Shoah als eine Form der moralischen Erpressung zu nutzen.

Israelbezogener Antisemitismus

Antisemitische Einstellungen können auch auf den Staat Israel projiziert werden. Sobald sich Äußerungen zur Politik Israels mit Ideologemen des Antisemitismus verbinden, sind sie der genannten Erscheinungsform zuzurechnen. Dazu zählen auch Aussagen, die sich antisemitisch gegen den jüdischen Staat richten, etwa wenn diesem die Legitimität zur Existenz abgesprochen wird. Der israelbezogene Antisemitismus umfasst folglich etwa die Delegitimierung und die Dämonisierung des Staates Israel sowie das Anlegen eines Doppelstandards. Außerdem gehört dazu das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Zuschreibung einer Verantwortlichkeit an konkrete Jüdinnen:Juden für das Handeln des Staates Israel. Das Kommunizieren über Israel ist in solchen Fällen nicht nur antisemitisch motiviert, sondern auch eine Form der Umwegkommunikation, um mindestens implizit Aussagen über Jüdinnen:Juden (im Allgemeinen) zu treffen und sich vom modernen Antisemitismus vermeintlich zu distanzieren.

Antisemitisches Othering

Antisemitisches Othering bezieht sich auf den Akt, Jüdinnen:Juden durch Handlungen, Worte und Bilder als fremd oder anders zu klassifizieren.¹⁵ In Situationen, in denen Jüdinnen:Juden für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden, werden sie oft als nicht zugehörig zu einer imaginierten Wir-Gruppe bezeichnet. Das Othering richtet sich nicht gegen einzelne Jüdinnen:Juden, sondern nutzt die jüdische Identität als Mittel zur Abgrenzung. Beispiele dafür sind die Verwendung von »Du Jude!« als Beleidigung oder die Verwendung des Begriffs »Jude« zur Abwertung von Personen. Solche Vorfälle sind beispielsweise auf Schulhöfen und in Fußballstadien zu beobachten.

Politisch-weltanschauliche Tathintergründe

RIAS Sachsen-Anhalt ordnet den politischen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen ein, soweit ausreichend Informationen vorliegen. Etwa wenn sich aus der Selbstbezeichnung der Täter:innen oder aus den antisemitischen Stereotypen, die verwendet werden, eine Zuordnung eindeutig ableiten lässt. Häufig können antisemitische Vorfälle allerdings aufgrund fehlender oder unzureichender Informationen nicht nach politisch-weltanschaulichem Hintergrund klassifiziert werden. Insgesamt werden sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe differenziert; pro Vorfall ist jeweils ausschließlich eine Einordnung möglich.

So können antisemitische Vorfälle als **rechtsextrem oder rechts-populistisch** eingestuft werden. Dabei fungiert Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und menschenrechtswidrige Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Zu den gemeinsamen Merkmalen verschiedener rechtsextremer Ideologien gehören Ideen, die von einer grundlegenden Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen oder Gruppen ausgehen, verbunden mit dem Wunsch, in ethnisch homogenen Gemeinschaften zu leben sowie der Unterordnung des Einzelnen unter diese Gemeinschaft. Rechtspopulismus umfasst gemäßigte Formen des Rechtsextremismus. Diese politische Ideologie bedient sich kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Rechtfertigungen und ist im Gegensatz zum Rechtsextremismus nicht für die vollständige Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Vielmehr wird versucht, diese auf autoritäre Weise umzugestalten und zu unterwandern. Darüber hinaus ist der Rechtspopulismus auch eine spezifische Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die eine klare Abgrenzung von »politischen Eliten« betont.

¹⁵ Das Othering kann daher auch als ein konstitutiver Modus verstanden werden, der die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus miteinander verbindet. Gleichwohl ist es sinnvoll, das Othering als separate Erscheinungsform aufzuführen, da hierdurch auf der Vorfallebene spezifische Phänomene erfasst und beschrieben werden können, die andernfalls nicht hinreichend sichtbar würden.

Unter der Einordnung als **links oder antiimperialistisch** sind antisemitische Vorfälle dokumentiert, die mit dem Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition sowie mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik einhergehen.

Antisemitische Vorfälle werden als **christlich oder christlich fundamentalistisch** eingeordnet, wenn sie mit einer positiven Bezugnahme auf christliche (oder christlich fundamentalistische) Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch oder islamistisch** sind antisemitische Vorfälle registriert, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, auch islamistische.

Antisemitische Vorfälle gelten als **verschwörungsideologisch**, wenn die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteur:innen mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen und die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig dominiert. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist:innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** zugeordnet werden antisemitische Vorfälle, wenn keiner der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zutrifft und gleichzeitig die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Abbildungsverzeichnis

GRAFIK 1: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Vorfälltypen	19
GRAFIK 2: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Erscheinungsform	21
GRAFIK 3: Antisemitische Vorfälle 2023 nach Erscheinungsform und Verteilung nach Monaten	26
GRAFIK 4: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2023	28
GRAFIK 5: Betroffene von antisemitischen Vorfällen in Sachsen-Anhalt 2023 nach Geschlecht	28
GRAFIK 6: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der antisemitischen Vorfälle 2023	30
GRAFIK 7: Geschlechtskonstellation der Täter:innen antisemitischer Vorfälle 2023	31
GRAFIK 8: Tatorte antisemitischer Vorfälle 2023	33
GRAFIK 9: Regionale Verteilung der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2023 TUBS/Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0 Attribution-Sharealike 3.0 Unported Deed, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en), Bearbeitung: KOOP Bremen für OFEK e. V.	34
GRAFIK 10: Anzahl antisemitischer Vorfälle 2023 nach Monaten	47

BILD 1: Max Privorozki. Foto: Ella Privorozki	6
BILD 2: Dr. Wolfgang Schneiß. Quelle: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt	8
BILD 3: Antisemitische Schmiererei auf dem Gedenkstätten- gelände Lichtenburg-Prettin, fotografiert am 7. Juni 2023. Quelle: Gedenkstätte KZ Lichtenburg-Prettin	22
BILD 4: Antisemitische Karikatur, gesehen in einer Gastwirtschaft in Halle (Saale). Vorlage für die Darstellung hier aus: United States Library of Congress's Prints and Photographs division (gemeinfrei)	24
BILD 5: Demo-Plakat mit antisemitischer Verschwörungserzählung, fotografiert am 11. August in Blankenburg. Quelle: X (vormals Twitter), Screenshot	38
BILD 6: Grabschändung auf dem Ehrenfriedhof der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen, fotografiert am 3. April 2023. Quelle: Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen	41
BILD 7: Schmiererei mit NS-Zahlencode am Tor des Jüdischen Friedhofs Gommern. Quelle: Stadt Gommern	42

RIAS Sachsen-Anhalt

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt in Trägerschaft von OFEK e.V. dokumentiert landesweit antisemitische Vorfälle mit und ohne Straftatbestand. Die Meldestelle arbeitet in enger Kooperation mit jüdischen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Beratungsnetzwerken vor Ort. Sie nimmt Meldungen auf, verweist auf weiterführende Beratungsangebote, informiert über aktuelle Entwicklungen. Wie auch die Beratungsstelle OFEK Sachsen-Anhalt folgt die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt den Grundsätzen der Parteilichkeit und Vertraulichkeit im Kontakt mit den Betroffenen. Die Meldenden bleiben auf Wunsch anonym und entscheiden selbst, wie mit ihrer Meldung umgegangen werden soll. Die Meldestelle berücksichtigt alle Formen von Antisemitismus, von Zuschriften, Schmierereien, Beschimpfungen und Kommentaren bis hin zu Sachbeschädigungen, Angriffen, Diskriminierung, Bedrohung und extremer Gewalt.

Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) e.V. und arbeitet auf Basis der vom Bundesverband entwickelten einheitlichen Anforderungen und Qualitätsstandards. Die gemeldeten Vorfälle aus Sachsen-Anhalt werden vom regionalen Team der Meldestelle aufgenommen und über die Plattform des Bundesverbands erfasst. Die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt sitzt in Halle (Saale) und arbeitet landesweit. Das Team der Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt ist dankbar für Meldungen und Anfragen!

TELEFON: +49(0) 345 13 18 30 36 und +49(0) 345 13 18 30 31

E-MAIL: info@rias-sachsen-anhalt.de

WEB: www.report-antisemitism.de/rias-sachsen-anhalt
www.ofek-beratung.de/rias-sachsen-anhalt

INSTA: [@rias.lsa](https://www.instagram.com/rias.lsa)

**JEDERZEIT
ANTISEMITISCHE
VORFÄLLE
MELDEN:
WWW.REPORT-
ANTISEMITISM.DE**

RIAS Sachsen-Anhalt ist ein Projekt in Trägerschaft von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

OFEK e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin und bundesweiter Ausrichtung. OFEK ist die erste Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus und Community-basierte Beratung spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug:innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. OFEK steht parteiisch an der Seite der Ratsuchenden und bringt jüdische Perspektiven in die gesellschaftliche und politische Debatte ein. Die Beratung von OFEK orientiert sich an den fachspezifischen Qualitätsstandards professioneller Betroffenenberatung und bezieht sich auf alle Fälle mit sowie ohne Straftatbestand. Das Beratungsteam bietet Einzelfallberatung, Gruppenangebote, eine bundesweite Hotline sowie regionale Unterstützung in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen an. Darüber hinaus ist OFEK e.V. Träger von zwei Meldestellen für antisemitische Vorfälle: RIAS Sachsen-Anhalt und RIAS Sachsen.

Die Beratung bezieht sich auf den Umgang mit antisemitischen Vorfällen und Strukturen in sämtlichen Lebensbereichen – in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im persönlichen Umfeld oder in Behörden. Die Beratungsangebote beinhalten auch stärkende Gruppenformate wie Safer Spaces und professionelle psychologische Unterstützung durch das OFEK-Psycholog:innenteam.

Darüber hinaus bietet OFEK auch ratsuchenden Institutionen wie Gemeinden, Schulen, Hochschulen, Behörden oder Vereinen fachliche Beratung bei Vorfällen an und begleitet sie bei der Entwicklung von Schutz- und Sicherheitskonzepten. Insbesondere die Beratung im Bildungsbereich – nach Vorfällen in der Schule oder im Studium – stellt einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit von OFEK dar.

Die Beratungen sind vertraulich, kostenfrei und auf Wunsch anonym. Alle Beratungsangebote können auf Deutsch, Hebräisch, Russisch und Englisch in Anspruch genommen werden.

Angebote

- / Beratung und psychosoziale Unterstützung im Zuge antisemitischer Gewalt und Diskriminierung;
- / Stärkende Gruppenberatung und Empowerment;
- / Beratung zu rechtlichen Möglichkeiten im Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung;
- / Weiterführende psychologische Beratung und spezialisierte psychologische Angebote;
- / Fachberatung für jüdische Institutionen;
- / Fachberatung für Schulen, Hochschulen, Behörden sowie andere ratsuchende Einrichtungen zu Schutzkonzepten und Notfallprotokollen.

Weiterführende Angebote

- / Beratung zu Entschädigung und Härteleistungen für Opfer von Gewalttaten;
- / Beratung für Kinder, Jugendliche und Familien;
- / Fachberatung und Fortbildung auf Anfrage;
- / Unterstützung bei Organisationsentwicklung und Krisenmanagement;
- / fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Prozessbegleitung.

WEB: www.ofek-beratung.de

E-MAIL: kontakt@ofek-beratung.de

FACEBOOK: [@ofekberatung](https://www.facebook.com/ofekberatung)

INSTA: [@ofek_beratung](https://www.instagram.com/ofek_beratung)

LINKEDIN: [@ofek-e-v](https://www.linkedin.com/company/ofek-e-v)

X: [@ofek_beratung](https://www.x.com/ofek_beratung)

BSKY: [@ofek-beratung.de](https://bsky.app/profile/ofek-beratung.de)

Bundesweite Beratungshotline:

+49 (0) 800 664 52 68

+49 (0) 176 45 87 55 32

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit einer Spende unterstützen Sie direkt die Arbeit von OFEK e.V.

IBAN: DE29 1005 0000 0190 9049 41

BIC: BELADEVXXX (Berliner Sparkasse)

Auf Wunsch stellen wir gern eine Zuwendungsbestätigung aus.

Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt

Angebote von RIAS Sachsen-Anhalt

- / Vertrauliche Annahme anonymer Meldungen über antisemitische Vorfälle;
- / Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung);
- / Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation persönlicher Erfahrungen;
- / Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse.

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle mitteilen:

www.report-antisemitism.de

TELEFON: +49 (0) 345 13 18 30 36 und +49 (0) 345 13 18 30 31

E-MAIL: info@rias-sachsen-anhalt.de

INSTAGRAM: [@rias.lsa](https://www.instagram.com/@rias.lsa)

WEB: www.ofek-beratung.de/rias-sachsen-anhalt

www.report-antisemitism.de/rias-sachsen-anhalt

RIAS Sachsen-Anhalt ist ein Projekt von OFEK e.V. –
Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.



RIAS Sachsen-Anhalt wird gefördert von



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur